

KOMMUNALPOLITIK

2/2010

Forum

Grüne/Alternative in den Räten NRW e.V. · Jahrgang 14 · Heft 2 · April-Juni · ISSN 1616-4806

Zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit

**Kommunalpolitik
gestalten**

Liebe Leserinnen und Leser,

nun gibt es erstmalig auch ein Grundlagenheft in der „Edition“ Forum Kommunalpolitik. Zu einem Zeitpunkt, wo viele neue Grüne ihre ersten Erfahrungen in den Räten verarbeitet haben. Das Engagement und die Fragen der vielen TeilnehmerInnen in unseren Seminaren und aus der persönlichen Fachberatung haben uns dazu motiviert ein Heft zu machen, in dem die Möglichkeiten und Grenzen kommunalpolitischen Handelns aus der Sicht grüner Akteure dargelegt werden.

Es ist kein weiteres Grundlagenheft zum Einmaleins der Kommunalpolitik geworden – dazu gibt es umfangreiche Literatur und auch die AKP-Redaktion ist mit dem Handbuch „Kommunal Politik machen“ das übrige in Kürze in der dritten Auflage erscheint – hier in der Offensive.

Es sollte eine Ausgabe werden, die dem Handlungsrahmen eines grünen Kommunalis im Rahmen der gesetzlich formulierten Aufgabenstellung Raum gibt, die sich mit den Widerständen der alltäglichen Praxis auseinandersetzt, um daraus Gestaltungsspielräume für konkretes Handeln aufzuzeigen.

Dann sollten auch unsere Partner zu Wort kommen, die uns als ReferentInnen und BeraterInnen beständig begleiten und damit das Profil einer kommunalpolitischen Vereinigung mitprägen.

- Wir hoffen, dass euch dieser kleine „Grüne Familienratschlag“ zusagt.
- Wir wünschen uns, dass ihr unsere Seminare und Serviceangebote weiterhin gerne nutzt.
- Damit wir realisieren können was uns Anliegen und Auftrag ist: Ein Knoten im Netz starker grüner Räte zu sein!

Viel Freude bei der Lektüre und euch weiterhin viel Erfolg im Rat.

Dunja Briese

– Redaktion –

inhalt

personalia	
Wolfgang Pieper ist Bürgermeister!	3
Adrian Mork ist Fachdienstleiter in Schwerte	3
thema	
Grün wächst!	4
GAR aktuell	
Triple plus von Wahlerfolg zu Wahlerfolg	5
Forum	
Zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit	
Kommunalpolitik gestalten	7
Handeln zwischen Politik und Verwaltung	8
Die Rolle der Ausschussvorsitzenden	11
Grüne Beigeordnete	14
Fraktionsvorsitzende in einer Großstadt	16
Allein im Rat	18
Telgte schwelgt im Grünen	20
Mach' Dich schlau!	22
Die Infothek erfindet sich neu	24
thema	
Elternbeitragsfreiheit im Kindergarten ist ein Muss	26
service/info	
Kindergarten-Gebühren im Dickicht	27
Elternbeiträge für Kindertagesstätten	27
Steuern sind Pflicht	28
Hebesätze bei Haushaltssicherung	28
Der Mandatsträger als Fraktionsmitglied	29
rezension	
Rechtspraxis der kommunalen Unternehmen	30
Fürstenhof und Bürgergesellschaft	30
GARnet	
Klimaschutzkonzepte für Kommunen	31

impressum

Forum Kommunalpolitik erscheint viermal im Jahr und wird an die Mitglieder der GAR NRW kostenlos abgegeben. Der Abonnentenpreis für Nicht-Mitglieder beträgt 18,40 € inklusive Versandkosten. Der Einzelpreis beträgt 5 €. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GAR NRW wieder. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge in gekürzter Form abzdrukken. Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion und unter Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: GAR NRW, Grüne/Alternative in den Räten NRW
Jahnstr. 52 · 40215 Düsseldorf · Fon: 0211-38476-0
E-mail: info@gar-nrw.de · Web: www.gar-nrw.de

Redaktion, V.i.S.d.P.: Dunja Briese, Fon: 0211-38476-16, briese@gar-nrw.de

Redaktionelle Mitarbeit: Volker Wilke, Gönül Eglence

Anzeigen: Dunja Briese

Layout: Birgit Beckmann-Engelmann
Roland Lang
Titelfoto: Stpe photocase
Fotos: Bratscher photocase (S. 10)
Grüne Ratsfraktion Telgte (S. 7, 21)
heidbrederphillipp photocase (S. 32)

Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf
ISSN: 1616-4806

Thema der nächsten Ausgabe: Kommunale Finanzen

Redaktionsschluss: 02.08.2010

71 Prozent für Grünen BM in Telgte

Wolfgang Pieper ist Bürgermeister!

Jetzt ist es amtlich, das mit großer Spannung erwartete Ergebnis der Bürgermeisterwahl in Telgte. Und es ist so wie wir es uns gewünscht haben: Wolfgang Pieper von den Grünen setzte sich mit 71,5 Prozent klar gegen Ingo Deitmer durch, den SPD und CDU ins Rennen geschickt hatten. Deitmer kam auf 28,5 Prozent der Stimmen. Der Sieg Piepers, der erstmalig Bürgermeister in Telgte ist, war schnell klar: Er gewann einen Stimmbezirk nach dem anderen. Pieper wurde auch von der FDP unterstützt.

Wolfgang Pieper wurde am Wahlabend im Rathaus und anschließend auf dem Frühlingsfest in der Telgter Altstadt frenetisch gefeiert. Er schüttelte Hände, wurde mit Glückwünschen überhäuft. Der 48-Jährige hat als langjähriger Fraktionschef der Grünen den Sprung auf den Bürgermeistersessel geschafft. Wolfgang Pieper war ebenfalls für die Grünen als Geschäftsführer im Landschaftsverband Westfalen-Lippe tätig.

„Ich habe mich besonders gefreut, dass sich so viele Menschen mit mir gefreut haben. Es war ein

bisschen das Gefühl „Wir – die Bürgerinnen und Bürger – haben gewonnen“. Das Ergebnis legt eine hohe Verantwortung auf meine Schultern, gibt aber auch den nötigen Rückenwind für die schwierigen Phasen, die bestimmt kommen werden“, so Wolfgang Pieper.

Eine Neuwahl hatte es gegeben, weil der bisherige Bürgermeister im Dezember abgewählt worden war. Die Wahl musste wiederholt werden, da bei der Kommunalwahl im September Stimmzettel geschreddert worden waren. Über den erfolgreichen Wahlmarathon in Telgte berichtet Wolfgang Pieper ausführlich auf den Seiten 20 – 21 dieser Ausgabe.

Telgte ist damit neben Rhede die zweite Stadt in Nordrhein-Westfalen, die unter grüner Bürgermeister-Regie steht.

Wir jubeln begeistert im Chor und drücken für unseren Wolfgang weiterhin beide Daumen platt.

(DB)



Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt in Schwerte

Adrian Mork ist Fachdienstleiter

Elf Jahre war Adrian Mork Geschäftsführer der Kreistagsfraktion Unna von Bündnis 90/Die Grünen: Im Dezember 2009 wechselte er zur Stadt Schwerte. Bereits im Januar wurde er zum neuen Fachdienstleiter für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt ernannt – und füllt damit die nicht wieder besetzte Stelle des Technischen Beigeordneten aus.

Mork studierte von 1988 bis 1995 Raumplanung an der TU Dortmund und arbeitete nach Abschluss des Diploms zunächst weiter an der TU am Lehrstuhl für Volkswirtschaft, insbesondere im Bereich Finanz- und Haushaltsplanung.

Im Jahr 1998 wechselte er in die Geschäftsführung der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Unna, für die er zusätzlich in den Jahren 2003 bis 2009 ein Kreistagsmandat innehatte.

Außerdem ist er einer der Gründer und seit zwei Jahren Sprecher des grünen Bezirksverbands Westfalen. Sein Kreistagsmandat musste Mork aufgeben, er bleibt aber weiterhin grünes Ratsmitglied in seinem Wohnort Kamen.

„Gerade auch die letzten Jahre, wo wir das Sozialticket im Landkreis Unna durchsetzen konnten, haben mir sehr viel Spaß gemacht.“

Mit viel Engagement will sich der 42-jährige nun den neuen Aufgaben bei der Stadt Schwerte widmen. Dort will Mork die Themen Klimaschutz und Energiesicherheit in eine nachhaltige Entwicklungsstrategie integrieren. Auf sein Betreiben hin bewirbt sich die Stadt beim Wettbewerb InnovationCity Ruhr des Initiativkreis Ruhrgebiet. Mork, der selbst in Schwerte aufwuchs, sieht starke Innovationspotentiale gerade in mittelgroßen Kommunen, die noch über eigene Stadtwerke und aktive Wohnungsbaugenossenschaften verfügen. „In einer mittleren Stadt sind die Strukturen überschaubar und die handelnden Personen kennen sich gut“. Mit diesem Netzwerk im Rücken soll aus Schwerte eine echte Klimaschutzstadt werden. Für seine Hobbys Naturschutz und Imkerei will er sich weiterhin engagieren.

Die GAR wünscht ihm Honig von bester Qualität!

(DB)





Sylvia Löhrmann
Grüne Spitzenkandidatin der
Landtagswahl und
Fraktionsvorsitzende von
Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag von
Nordrhein-Westfalen

Die Landtagswahl aus Sicht der Spitzenkandidatin

Grün wächst!

Grün wächst. Das ist das Ergebnis der Landtagswahl 2010. Wir Grüne haben Stimmen von allen anderen zuvor im Landtag vertretenen Parteien gewinnen können: 30.000 von der FDP, 90.000 von der CDU, 170.000 von der SPD. Wir haben als einzige Partei NichtwählerInnen aktivieren können (80.000). Und insgesamt haben wir gegenüber 2005 430.000 Stimmen dazu gewonnen.

Worauf ist dieser Zuwachs zurückzuführen?

In der Analyse der Forschungsgruppe Wahlen steht: „Profitierte die CDU 2005 von der großen Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung, liegen die zentralen Ursachen für das Wahlergebnis heute in NRW selbst.“ Übersetzt für uns Grüne heißt das: Unser Zukunftsplan für NRW, verbunden mit einer klaren Schwerpunktsetzung, einer dazu passenden Kampagne sowie großer Glaubwürdigkeit – all das war ausschlaggebend für unseren Wahlerfolg. Also: Solide Arbeit und Esprit! Außerdem haben wir alle zusammen eine große Gemeinschaftsleistung vollbracht.

Aufschlussreich ist ein Blick auf die uns Grünen zugeschriebenen Kompetenzwerte: Besonders hoch sind sie laut einer „Infratest dimap“-Umfrage vom April 2010 bei der Frage, ob wir eine gute Energiepolitik betreiben: 42 Prozent. Da sind wir mit Abstand Spitzenreiter und schaffen das als einzige kleine Partei überhaupt in einem Politikfeld!

Sehr hoch für eine „kleine“ Partei (seit dem 9. Mai können wir ruhig von einer „mittleren Partei“ sprechen) auch unsere Kompetenzwerte bei der Schul- und Bildungspolitik (zehn Prozent) und soziale Gerechtigkeit (sieben Prozent, vor der Linkspartei!). Unser Kurs der kommunalen Schulentwicklung und der Bildungsgerechtigkeit hat sich ausgezahlt.

Dagegen haben CDU und FDP massiv an Kompetenzwerten verloren: Bei Arbeitsmarkt und Bildung. Und Bildung war für die Wahl zentral: Für 78 Prozent war das künftige Schulsystem relevant bei der Wahlentscheidung.

Auch beim Image sind wir Grünen die Sieger:

Während die CDU stagnierte und die FDP leicht verlor, gewann die SPD stark hinzu – die Grünen aber noch viel stärker. Im Ergebnis konnten SPD und GRÜNE die Lage gegenüber 2005 drehen: Die SPD liegt jetzt vor der CDU, wir GRÜNE deutlich

vor der FDP. Diese Analyse beweist: Schwarz-Gelb passt nicht zu Nordrhein-Westfalen.

Aber es gibt bei aller Euphorie über unser Rekordergebnis auch einen Wermutstropfen: Für unsere Wunschkoalition Rot-Grün hat es knapp nicht gereicht.

Haben wir in NRW also nun das viel beschworene Patt? Angesichts des klaren Vorsprungs von SPD und Grünen vor CDU und FDP sehe ich kein „Patt“. Trotz des Einzugs der Linkspartei fehlt nur ein einziges Mandat zur Mehrheit. Diesen großartigen Erfolg haben wir Grüne möglich gemacht: Wir haben die FDP abgehängt.

Inhalte gehen vor!

Damit bleibt das wichtigste Signal dieser Wahl: Grüne Inhalte gehen vor! Unser eigenständiger Kurs, der die Wunschkoalition mit der SPD ganz klar an den Inhalten festmachte, hat sich ausgezahlt. „Inhalte gehen vor“ ist genau der richtige Politikan-satz – auch und gerade in einer schwierigen Zeit. Das gilt vor der Wahl, das gilt erst recht nach der Wahl. Allerdings haben wir Grüne als eindeutige Gewinner der Wahl einen klaren Auftrag: Wir sollen den sozial-ökologischen Wandel gestalten. Für eine industrielle ökologische Revolution, für die beste Bildung für alle, für die Rettung unserer Kommunen, für mehr soziale Gerechtigkeit.

Für diese grünen Inhalte haben wir gekämpft und sind wir gewählt worden – und nun geht dieser Kampf weiter. Deshalb sind unsere Inhalte der Maßstab für jegliche Gespräche: Darin werden wir feststellen, wer zu einem sozial-ökologischen Politikwechsel bereit ist und auf wen wir uns verlassen können. Ergibt sich dafür keine tragfähige Grundlage, nehmen wir als starke grüne Fraktion die Rolle der Oppositionsführung an.

Damit sich was ändert

Zu diesem Kurs gibt es angesichts der schwierigen Mehrheitsverhältnisse aus meiner Sicht keine Alternative. Es sei denn, wir überlassen widerstandslos einer Großen Koalition des Stillstandes die Regierung. Diese Große Koalition hat zusammengekommen fast 13 Prozent verloren – das hat NRW nicht verdient.

So oder so: Wir müssen das Beste draus machen, DAMIT SICH WAS ÄNDERT!

Landtagwahl in NRW

Triple plus von Wahlerfolg zu Wahlerfolg

Es war die vierte erfolgreiche Wahl im Verlauf eines Jahres, die Landtagswahl in NRW am 9. Mai. Mit der Europawahl im Juni 2009, begann eine Erfolgsschönung für die Grünen in Nordrhein-Westfalen, die ein Jahr später, kurz nach ihrem 30-jährigen Geburtstag, mit der Landtagswahl ihr vorläufiges Ende findet.

Bereits die Kommunalwahl und die nachfolgende Bundestagswahl 2009 bescherte den GRÜNEN das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Nun, ein halbes Jahr später, wieder das beste Ergebnis mit einer Steigerung von 5,9 Prozentpunkte auf 12,1% – wieder ein Rekordergebnis, denn so viele Stimmen (940.770) holten die Grünen noch nie bei einer Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

Ein Erfolg umso mehr, da sie sich in einem Flächen- und Industrieland mit deutlichem Abstand zur FDP (6,8%) und zur Linkspartei (5,6%) als drittstärkste Partei etabliert haben. Das zeugt von einer gewaltigen Kraft, die die Grünen ins Zentrum der politischen Gestaltungsmacht rückt. Es spricht einiges dafür, dass die Grünen – gerade weil sie in der Lage sind, fortschrittliche Ökologie, verantwortungsbewusste Ökonomie und das Primat der Bürgerrechte zu verkörpern – die FDP als gestaltende Kraft dauerhaft ablösen können.

Aussitzen kein Politikmodell mehr

Die CDU und ihre schlechte Kopie des Landesvaters Rau, war vor fünf Jahren noch Nutznießerin des rot-grünen Niedergangs im Bund – und musste nun selbst die Berliner Zeche zahlen. Waren bei der Abwahl 2005 57% der Wählerinnen mit der damaligen rot-grünen Regierung unzufrieden, sind bei dieser Landtagswahl 62% mit Schwarz-Gelb unzufrieden. Auffallend ist, dass die Hälfte der FDP-Wähler/innen diese Unzufriedenheit teilte. In der ersten Landtagswahl nach dem Machtwechsel im September büßte sie auch für Stolperstart, Steuerdiskussion und Finanzkrise und verlor 10% der WählerInnen.

Die aussichtslose Lage der SPD in eine aussichtsreiche zu verwandeln, ist auch der Schwäche der Koalition in Berlin geschuldet. Die schwarz gelbe Koalition lebt von überalterten Politikgehalten aus der Zeit vor der Klima-, Wirtschafts- und Finanzkrise. Schwarz-Gelb ist eine Koalition von Parteien, die sich entfremdet haben. Das ist ein Hauptgrund dafür, dass die Sozialdemokraten aus

dem schlechtesten Wahlergebnis ihrer Geschichte als gefühlte Wahlsieger hervorgehen. Dazu kommen Affären der NRW-CDU und eine neoliberale „Privat-vor-Staat“-Politik der Landesregierung, die die Wähler/innen klar abgewählt haben.

Der Erfolg ist jung und weiblich

Bei der Wählerwanderung haben die Grünen stark im rot-grünen Wechselwählermilieu dazugewonnen. 170.000 sozialdemokratische Wählerstimmen wanderten zu den Grünen. Aber auch 90.000 CDU- und 30.000 FDP-Wähler/innen kreuzten diesmal grün an. Für die Attraktivität der Grünen spricht, dass sie als einzige im Landtag vertretene Partei Stimmen aus dem Nichtwählerinnenpotential (80.000) mobilisieren konnten. Ihre Hochburgen liegen in den Metropolen und wachsenden Großstädten wie Köln (>20%), Bielefeld, Münster, Bonn und Düsseldorf. Auffallend sind aber auch die eher unterdurchschnittlichen Ergebnisse in der Universitätsstadt Duisburg, und auch im Hochsauerlandkreis ist es für Grüne schwer.

Dennoch, kein Wahlkreis blieb unter 7%. Während in der roten Hochburg Bottrop die Grünen erstmalig die 8% überschritten, konnten die Grünen im tiefschwarzen Paderborn mit 13,7% überzeugen. Mit 18% erreichten die Grünen eine überdurchschnittliche Zustimmung bei den Erstwähler/innen. Nach wie vor bleibt „der klassische Grünwähler“ mit 13% weiblich, „nur“ 11% der Männer wählten grün. In den Altersgruppen 18-59 Jahren erzielten die Grünen mit Werten zwischen 14 und 17% ein überdurchschnittliches Ergebnis. Bei den über 60jährigen bleibt der grüne Stimmenanteil mit 5% relativ gering.

Überspitzt formuliert, ist die klassische grüne Wahlstimme jung, weiblich und kommt aus den Wachstumsregionen der Großstädte. Während die klassische Wählerstimme der Linken ein männlicher, arbeitsloser Arbeiter Ende vierzig ist, der aus einer schrumpfenden Großstadt kommt. Ob er eine Cordhose trägt, ist nicht verifizierbar.

Mehr Frauen nur in der Führung?

Mit Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann werden möglicherweise zwei Frauen das größte Bundesland regieren. Jedoch ist dies kein Indiz für eine starke Frauenbeteiligung im Landtag. Während

Grüne und Linke eine quotierte Liste stellen und damit einen Frauenanteil von über 50% stellen, ist der Frauenanteil bei den beiden „Volksparteien“ niedrig oder deutlich gesunken. Die CDU stellt mit 10 Abgeordnete gerade mal 15% weibliches Personal. Auffällig ist auch der niedrige Frauenanteil bei der SPD, der von 42% in der letzten Periode auf nunmehr 28% schrumpfte. Die Liberalen erreichen wie die CDU gerade mal einen Frauenanteil von 15 Prozent.

Wahlkampf mit Themen

Bildung war das herausragende Thema des Wahlkampfes. Die CDU verharrte mit einer schwachen Ministerin in den ideologischen Lagern der 70er Jahre, während die schwarzen Bürgermeister im ländlichen Raum auf Lösungen für demographisch bedingte schrumpfende Schülerzahlen warteten. Immerhin Zweidrittel der Wähler/innen stuften die Situation in den Schulen als schlecht ein. Die Grünen wollen ein differenziertes Gemeinschaftsschulmodell einführen, bei dem Schüler, Eltern und Schulträger über die Länge des gemeinsamen Unterrichts entscheiden können. Ähnlich sieht das „Die Linke“, die allerdings einen radikalen Umbau per Gesetz, als „Par ordre du mufti“ umsetzen will. Gemeinsam vertreten SPD, Grüne und Linkspartei, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Leistung von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden sollen. Die Wege dorthin werden allerdings unterschiedlich beschrieben.

Rot-Grün will außerdem die Entscheidung über das „Turboabitur“ (G8) den Schulen überlassen. Die Klassengrößen sollen mit Rot-Grün auf maximal 25 Schüler reduziert werden. Bei den Studiengebühren sind sich die Parteien einig: Sie sollen abgeschafft werden.

In der Frage Mindestlohn haben sich alle drei Parteien im Wahlkampf für „flächendeckende Mindestlöhne“ ausgesprochen.

Umstritten bleiben wohl auch in der neuen Landesregierung die Kohlekraftwerke, vorausgesetzt es kommt zu einer grünen Regierungsbeteiligung. Während die Grünen und auch die Linken gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke in NRW sind, spricht sich die SPD dafür aus. So liegen auch beim Weiterbau des Eon-Kraftwerks in Datteln die Positionen weit auseinander: Die SPD ist dafür, Grüne und Linke dagegen. Alle drei sind generell für den Ausbau erneuerbarer Energien, wobei die Grünen als einzige ein festes Ziel haben. 22 Prozent der Stromversorgung sollen bis 2020 aus alternativen Quellen kommen.

Bei den anstehenden Aufgaben werden es interessante fünf Jahre in der Landesregierung NRW werden – es sei denn, es gibt eine große „Stillstands“-Koalition“ oder Neuwahlen. Es bleibt spannend in NRW.

Volker Wilke

Geschäftsführer der GAR NRW

+++ Stellenausschreibung +++

Die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Rat der Stadt Essen sucht zum frühest möglichen Zeitpunkt eine/einen

Fraktionsgeschäftsführer/in

für eine Vollzeitstelle. Hochschulabschluss ist erwünscht. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 39 Stunden, die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den TVöD Entgeltgruppe 13 mit Höherstufungsoption. Die Stelle ist befristet bis zum Ende der Wahlperiode 2009 – 2014.

Einzelheiten zum Stellenprofil finden Sie unter <http://www.gruene-fraktion-essen.de>

Die Fraktion achtet auf die Gleichstellung von Frauen und Männern.
Wir freuen uns über Bewerbungen von Menschen mit Behinderungen.

Aussagefähige Bewerbungen mit Lebenslauf, Ablichtung von Zeugnissen und lückenlosen Tätigkeitsnachweisen werden bis zum 21. Juni 2010 erbeten an

Ratsfraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN
Hiltrud Schmutzler-Jäger
Limbecker Str. 48 / 50
45127 Essen



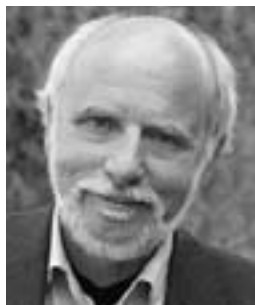


Zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit Kommunalpolitik gestalten

Alle wesentlichen rechtlichen Elemente der kommunalpolitischen Praxis sind in der Gemeindeordnung geregelt und werden in den kommunalen Satzungen und Ordnungen konkretisiert. Tatsächlich zeigen sich in der Realität der politischen Alltagskultur jedoch häufig Abweichungen von den normativen Grundlagen. Aus diesem Spannungsfeld entwickelt sich in der Alltagspraxis der politischen Entscheidungsprozesse häufig eine systematische Diskrepanz, oder positiv ausgedrückt, beginnt hier das eigentliche „Abenteuer“ gelebter Politik.

Lassen wir uns also in dieser Ausgabe auf die kommunalpolitischen Gestaltungsspielräume ein. An Hand eines Rollenspektrums der kommunalpolitischen Akteure soll einmal ein möglichst praxisnahes Bild zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit kommunalpolitischen Handelns gezeichnet werden. Einige versierte ProtagonistInnen haben Stellung bezogen.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schimke reflektiert das Spannungsfeld zwischen normativer Theorie der Verwaltungslehre und gelebter politischer Realität. Aus dieser Diskrepanz werden einige Überlegungen zum Handeln zwischen Politik und Verwaltung abgeleitet. Dorothea Pass-Weingartz widmet sich dem Gestaltungsspielraum einer Ausschussvorsitzenden und den damit verbundenen Rollenansforderungen zwischen Diplomatie und grüner Profilierung. Das Handlungsspektrum grüner Beigeordnete ist das Thema von Markus Schnapka, der Freiräume und Zwänge dieses hauptberuflichen kommunalen Gestalters umreißt. Barbara Moritz widmet sich den Herausforderungen der Fraktionsvorsitzenden einer Großstadtfraktion, einem anspruchsvollen Ehrenamt auf Kosten der privaten Zeit. Allein Im Rat? Kein Zuckerschlecken meint Angela Kalnins, die konkrete Erfahrungen einer Einzelkämpferin einbringt. Wie geht das beste Kommunalwahlergebnis in NRW? Davon berichtet Wolfgang Pieper, der in Telgte in Grünen schwelgt. Mach dich schlau, meint Dunja Briese, die das grüne Weiterbildungsspektrum vom Amateur bis zum Kommunalprofi umreißt. Schließlich gibt Wolfgang Pohl einen Ausblick auf einen Kommunalpolitischen Wissenspool, der als selbstständige Internet-Plattform von der Heinrich-Böll-Stiftung an den Start gebracht wird.



Zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit

Handeln zwischen Politik und Verwaltung

Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke ist Jurist, Lehrbeauftragter der Ev. Fachhochschule Bochum und war von 1999 bis 2009 hauptamtlicher Bürgermeister in Laer

Die Alltagspraxis des Handelns von Politik und Verwaltung in der Kommune wird selten systematisch reflektiert. Alle wesentlichen Elemente der Zusammenarbeit sind in der Gemeindeordnung geregelt, zu dem gibt es hinreichend Literatur und Handlungsanweisungen zur konzeptionellen Steuerung in der Kommune, wie das Neue Steuerungsmodell (NSM), das die Leitlinien für öffentliche Verwaltungen als Organisationslehre zusammenfasst und seit Ende der 80er Jahre in der nordrhein-westfälischen Kommunalverfassung diskutiert wird.

Tatsächlich zeigen sich in der Realität der politischen Alltagskultur häufig Abweichungen von diesem Modell. Aus dem Spannungsfeld von normativer Theorie der Verwaltungslehre und gelebter Realität politischen Handelns entwickelt sich in der Alltagspraxis der politischen Entscheidungsprozesse eine systematische Diskrepanz. Die Verwaltung nimmt Macht ein, die ihr „an sich“ nicht zusteht, es bestehen personelle, parteipolitische Verflechtungen, die undurchschaubar sind.

Der Beitrag möchte – ausgehend von den normativen Bedingungen – ein realistisches Bild vom Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung zeichnen und einige Überlegungen zum Umgang miteinander anstellen.

Die duale Kommunalverfassung

Bis 1996 galten in NRW die Regeln der dualen Kommunalverfassung. Der Bürgermeister als Vorsitzender des Rates leitete dessen Sitzung und

war die ehrenamtliche Spitze der Gemeinde. Der Stadt- oder Gemeindedirektor leitete die Verwaltung und wurde vom Rat gewählt. Das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung wurde durch die Formel beschrieben: „Der Rat beschließt, die Verwaltung führt aus“.

Dieses System war von der englischen Besatzungsmacht aus Misstrauen gegenüber der direkten Demokratie eingeführt worden, es entpolitisierte die Verwaltung und wies ihr gegenüber der entscheidenden Politik eine klar ausführende Rolle zu. Auf der anderen Seite wurde dieses System als zu bürokratisch wahrgenommen, die Verwaltung verstand sich durchgängig nicht als Dienstleister, sondern als eigentliche Herrscherin im Hintergrund. Symbolisiert wurde dieses Spannungsfeld im Verhältnis von Bürgermeister und Gemeindedirektor: Wenn der Bürgermeister am Wochenende über die Vereinsfeste und Bürgerversammlungen zog und Versprechungen machte, kassierte der Gemeindedirektor alles am Montagmorgen mit Verweis auf die Haushaltslage wieder ein.

Deshalb wurde dieses Modell mit der Einführung des direkt gewählten, hauptamtlichen Bürgermeisters verworfen. Der direkt gewählte Amtsinhaber vereinigte die Rollen des Gemeindedirektors und des ehrenamtlichen Bürgermeisters. Mit dieser Monospitze entstand im Verhältnis von Politik und Verwaltung ein drittes eigenständiges Element, das seine Legimitation ganz wesentlich aus dem Votum der Bürgerschaft bezog.

Neue Steuerungsmodelle

Begleitet wurde diese Veränderung durch die Umstellung der Verwaltungstätigkeit auf das Neue Steuerungsmodelle (NSM) und später das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF). Diese Steuerungsmodelle nahmen Abschied von der hierarchisch geordneten Verwaltungstätigkeit und setzten an ihre Stelle ein Steuerungssystem, das von dem Erreichen vereinbarter Ziele ausging und die Leistungen der Kommune, also ihren Output, in den Vordergrund stellte. Für die Beteiligten brachte diese Umstellung eine deutliche Veränderung ihrer Rollen mit sich. Sie sollten Zielsetzungen in kooperativen Verfahren entwickeln und deren

+++ Neues Steuerungsmodell (NSM) +++

bezeichnet in der Organisationslehre öffentlicher Verwaltungen ein Modell zur strategischen Steuerung von Verwaltungen, insbesondere im kommunalen Bereich. In Ergänzung dazu beschreibt das Neue Kommunale Finanzmanagement die finanzwirtschaftlichen Instrumente und Verfahren, die dem zukünftigen Einsatz der doppelten Buchführung in den öffentlichen Verwaltungen dienen. In beiden Modellen findet eine Steuerung der Leistungserstellung über „Produkte“ statt.

Erreichen in abgestimmten Verfahren überprüfen. An Stelle bürokratischer Weisung sollte eine Kultur des Vertrauens entstehen, in der Vereinbarungen getroffen und in gemeinsames Handeln übersetzt wurden. Das Grundmodell dieser Steuerungsform ist in der ersten Abbildung dargestellt. Das NSM wurde im finanziellen Bereich durch das NKF ergänzt, in dem die Ziele mit Kennzahlen unterlegt und in Produktgruppen geordnet werden sollten. Dadurch wurde die Aufstellung, aber auch die Darstellung des kommunalen Haushalts grundlegend verändert.

Die rechtlichen Grundlagen

Ehrenamtliche Ratsmitglieder vergleichen ihre Tätigkeit oft mit der des Gesetzgebers in Bundes- oder Landesparlamenten, also als quasi örtlicher Gesetzgeber. Richtig daran ist, dass der Rat auch das Ortsrecht in Gestalt der Satzungen verabschiedet. Durch § 41 GO hat der Rat jedoch weit darüber hinausgehende Befugnisse, nämlich die Allzuständigkeit für alle Angelegenheiten der Gemeinde bis auf die „einfachen Geschäfte der laufenden Verwaltung“, die dem Bürgermeister übertragen sind. Auf dieser rechtlichen Basis stehen sich Politik und Verwaltung nicht kontrovers gegenüber, sie sind vielmehr Partner bei der Aufgabenerfüllung der Gemeinde. Diese Partnerschaft ist im Einzelnen so geordnet, dass der Rat die Verwaltung kontrolliert und dafür die Instrumente des § 55 GO zur Verfügung hat (Akteneinsicht, Auskunftsrecht etc.). Die Verwaltung hat in Gestalt des Bürgermeisters als Leiter der Verwaltung den Rat zu informieren (§ 62 GO). Die Verwaltung bereitet die Ratsbeschlüsse vor und führt sie aus und unterrichtet den Rat über alle wesentlichen Angelegenheiten. Lediglich in den ihr durch Hauptsatzung übertragenen Angelegenheiten entscheidet sie selbst.

Die realistische Betrachtungsweise

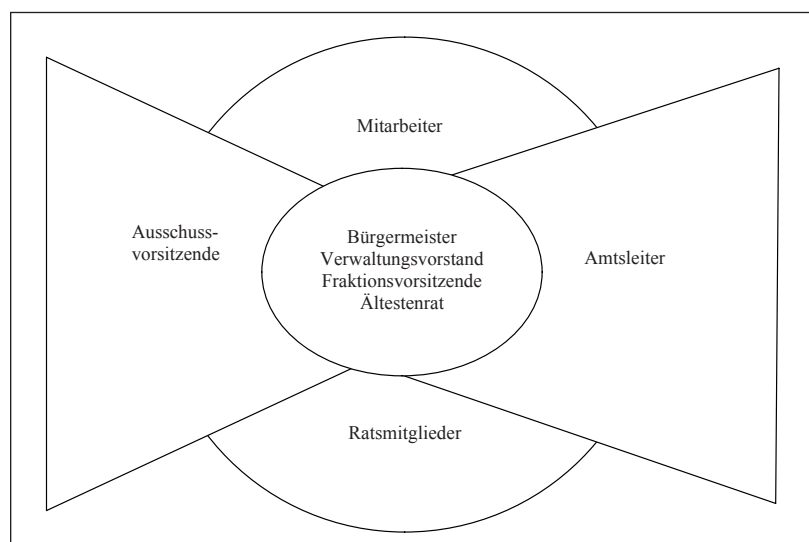
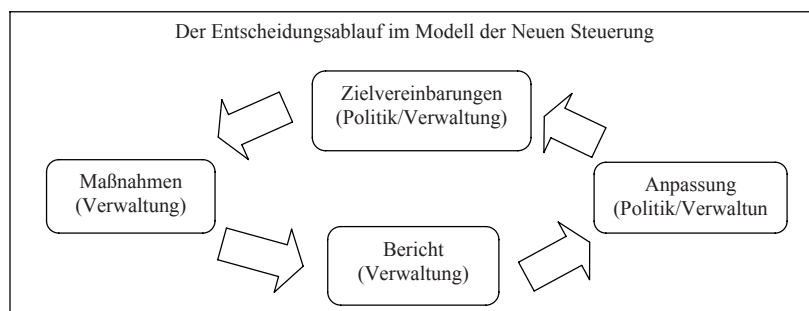
Die geschilderten normativen Modelle und juristischen Grundlagen beschreiben die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung in den meisten Kommunen nur unzulänglich. Vor allem die Neue Steuerung und das NKF sind nur in Ansätzen umgesetzt, zum Teil sind sie als Steuerungsmodelle für kommunales Handeln auch ungeeignet. Welche ehrenamtliche PolitikerInnen möchten denn zu Beginn eines Jahres Ziele vereinbaren, deren Einhaltung am Jahresende überprüfen und dann korrigieren, während in der Zwischenzeit die Verwaltung allein handelt?

Kommunalpolitik findet eben im Kleinen statt, in der Anfrage im Ausschuss, im Gespräch mit einem Mitarbeiter, um ein Anliegen vorzubringen etc.

Zu dieser Realität passen die Steuerungsmodelle nur sehr beschränkt. Die Rollen der Beteiligten lassen sich deshalb viel glaubwürdiger in einem anderen Modell abbilden. In dieser Betrachtung wird das Handeln der Kommune durch einige Entscheider in Verwaltung und Rat geprägt. Hierzu gehören der Verwaltungsvorstand und die Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen. In vielen Kommunen treffen sich diese Akteure in so genannten Ältestenräten oder anderen Abstimmungsgremien. Dann sind in der Verwaltung die Amts- oder Abteilungsleiter an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt, in der Politik die Vorsitzenden der Ausschüsse. Deren Einflussnahme ist aber bereits auf ihr eigenes Tätigkeitsfeld begrenzt. Am Ende der Einflusskette stehen die „einfachen“ Ratsmitglieder und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Das zweite Schaubild soll dies verdeutlichen.

Parlamentarische Willensbildung im Abseits

Da so beschriebene Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung ist sehr problematisch. Es ist undemokratisch, denn die Entscheidungsabläufe entsprechen nicht der parlamentarischen Willensbildung. Es ist zudem intransparent, denn entscheidende Festlegungen in der kleinen Runde der Spitzenleute („Kungelrunde“) entziehen sich der öffentlichen Diskussion. Aus diesem Grund bin



ich ein entschiedener Gegner von Abstimmungen wie etwa Ältestenräten vor allem in kleinen Kommunen. Schließlich ist dieses Entscheidungsmodell konfliktträchtig, denn die Ergebnisse solcher Vorabstimmungen werden häufig nicht oder nicht vollständig protokolliert und ermöglichen ein unterschiedliches Verständnis der getroffenen Vereinbarungen.

Einige Überlegungen und Konsequenzen

Das Spannungsverhältnis zwischen normativen Modellen und gelebter Realität in der Kommune lässt sich nicht vollständig auflösen. Für das Verhältnis von Politik und Verwaltung ist es deshalb wichtig, ein Grundverständnis des gemeinsamen Handelns zu entwickeln. Dabei ist die oben skizzierte Aufgabenverteilung zwischen Rat und Verwaltung von entscheidender Bedeutung. In der Kommune stehen sich Rat und Verwaltung nicht wie Legislative und Exekutive gegenüber, sondern sind eine „Verantwortungsgemeinschaft“ zum Wohl der Gemeinde. Daraus folgt, dass jede Fraktion und jedes Ratsmitglied (unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen) Anspruch auf Beratung und Unterstützung durch die Verwaltung hat und andererseits die Mitarbeiter der Verwaltung auf ein konstruktives, offenes Verhältnis mit der Politik angewiesen sind.

Die Konsequenzen aus diesem Grundgedanken können sein:

- ❑ Konflikte zwischen Politik und Verwaltung sollten auf der Ebene der Zieldiskussion geführt werden und nicht in dem Streit über Einzelmaßnahmen versanden.

- ❑ So häufig wie möglich sollte partizipatives Verwaltungshandeln angestrebt werden, in dem die Bürgerschaft institutionell in das Verwaltungsgeschehen eingebunden wird. Dies kann am besten durch Verlagerung von Aufgabenfeldern wie Stadtmarketing, Kinder- und Jugendarbeit, Nutzung regenerativer Energie auf Vereine oder Genossenschaften geschehen. In diesen Institutionen sollten dann Politik, Verwaltung und Bürgerschaft gleichberechtigt auftreten.
- ❑ Die Sitzungen der Fachausschüsse sollten von der Politik zum Dialog mit der Verwaltung genutzt werden. Hier besteht auch die Chance, durch Sitzungsunterbrechungen die Bürgerschaft einzubeziehen. In den Fachausschüssen sind im Allgemeinen Vorlagen noch diskussionsfähig und die Beteiligten noch nicht festgelegt.

Kompetentes Handeln

An diesen wenigen Beispielen möchte ich deutlich machen: Handeln zwischen Politik und Verwaltung ist keine Idylle, es geht immer (auch) um Macht und Interessen. Kompetentes Handeln in diesem Spannungsfeld zeichnet sich dadurch aus, dass nicht unnötige Konflikte produziert, sondern angemessene Strukturen für eine konstruktive Zusammenarbeit geschaffen werden.

Konflikte zwischen Politik und Verwaltung sollten auf der Ebene der Zieldiskussion geführt werden und nicht in dem Streit über Einzelmaßnahmen versanden.





Die Rolle der Ausschussvorsitzenden

Die Fach- und Sachpolitik der Räte findet vorwiegend in den Ausschüssen statt. Ausschussvorsitzende haben in diesem Gremium eine herausgehobene Stellung. Sie bringen die Themen von Politik und Verwaltung in die Sitzung ein. Das überparteiliche Moderieren und Ausbalancieren von unterschiedlichen Interessen ist da angesagt, eigene Standpunkte sollten nur zurückhaltend eingebracht werden. Doch mit dieser Aufgabe sind auch viele Gestaltungs- und Zugangsrechte verbunden, die gezielt für grüne Inhalte eingesetzt werden können. Wir wollten daher von Dorothea Pass-Weingartz wissen, wie sie ihre Rolle der Vorsitzenden des Schulausschusses in Bonn ausübt und wie sie dort den Balanceakt zwischen Diplomatie und Profilierung meistert.

Dorothea Pass-Weingartz ist Fraktionssprecherin in Bonn und dort seit 1999 Vorsitzende des Schulausschusses

Forum *Drehen wir die Uhr ganz weit zurück zu deiner ersten Ausschusssitzung. Woran erinnerst du dich?*

Pass-Weingartz: Ich wurde Ausschussvorsitzende, nachdem ich einige Jahre Bürgermeisterin der Stadt Bonn war. Insofern hatte ich einen ziemlich abgeklärten Blick auf diese Position – andererseits auch sehr viel Ehrgeiz, es anders, inhaltlicher und natürlich grüner zu gestalten, als ich es in den Jahren meiner kommunalpolitischen Tätigkeit bei vielen anderen Ausschussvorsitzenden anderer Parteien gesehen hatte.

Forum *Was würdest du denn heute anders machen?*

Pass-Weingartz: Im Nachhinein habe ich bei meiner ersten Sitzung als Ausschussvorsitzende eine viel zu lange und zu staatstragende Rede gehalten. Wir waren damals in der heftigen Ausein-

andersetzung um eine weitere Gesamtschule und das wollte ich auf jeden Fall in meiner Rede nach vorne bringen – eine Schule für alle Kinder – dem Elternwillen in Bonn entsprechend.

Wahrscheinlich würde ich es heute etwas anders machen – immer noch wesentliche Eckpunkte grüner Bildungspolitik formulieren. Aber deutlicher wahrnehmen, dass vor mir eine Zahl unterschiedlichster Menschen aus den Parteien und Verbänden sitzen und neben mir die Verwaltung, mit der ich (wir) in den nächsten Jahren auf Gedeih und Verderb zusammenarbeiten müssen.

Forum *Was war in deiner Anfangsphase die größte Herausforderung?*

Pass-Weingartz: Für mich war es eine Mammutaufgabe, mich entsprechend meiner Moderatorenrolle zurücknehmen zu müssen. Ich war damals

+++ Ausschussvorsitz und Zugriffverfahren +++

§58 GO NRW, Absatz 5 (Auszug)

Haben sich die Fraktionen über die Verteilung der Ausschussvorsitze geeinigt und wird dieser Einigung nicht von einem Fünftel der Ratsmitglieder widersprochen, so bestimmen die Fraktionen die Ausschussvorsitze aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden stimmberechtigten Ratsmitglieder. Soweit eine Einigung nicht zustande kommt, werden den Fraktionen die Ausschussvorsitze in der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Teilung der Mitgliederzahlen der Fraktionen durch 1,2,3

usw. ergeben; mehrere Fraktionen können sich zusammenschließen. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das der Bürgermeister zu ziehen hat. Die Fraktionen benennen die Ausschüsse, deren Vorsitz sie beanspruchen, in der Reihenfolge der Höchstzahlen und bestimmen die Vorsitzenden. Scheidet ein Ausschussvorsitzender während der Wahlzeit aus, bestimmt die Fraktion, der er angehört, ein Ratsmitglied zum Nachfolger.

als grüne Ausschussvorsitzende nach dem allseits bekannten Zugriffsverfahren in dieses Amt gekommen, hatte den langjährigen CDU Ausschussvorsitzenden vertrieben und diese Konstellation machte mir am Anfang das Leben ziemlich schwer. Ich konnte mich schwer zurückhalten. Die CDU, teilweise zusammen mit der SPD, verlangte von mir, ich müsse immer den Stuhl der Ausschussvorsitzenden räumen, wenn ich einen Redebeitrag leisten wolle. Es war teilweise skurril, aber auch solche dummen Machtkämpfchen kann man oder frau am besten mit ziemlicher Gelassenheit überstehen.

Forum *Nach welchen Kriterien sollten Grüne einen Ausschussvorsitz wählen?*

Pass-Weingartz: Generell gibt es ja bei der Verteilung der Ausschussvorsitze das so genannte Zugriffsverfahren, nach dem die Fraktionen je nach Größe den ersten, zweiten, dritten usw. Zugriff auf den Vorsitz eines Ausschusses haben.

Anregen würde ich in jedem Falle, dass sich Grüne Fraktionen nicht um Ausschussvorsitze reißen, die nicht-öffentlich tagen. Der Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss ist sicherlich wichtig, bringt aber für die Fraktion wenig Öffentlichkeit. Das haben auch die anderen Parteien „gelernt“. Bei uns hat die CDU als Partei mit dem ersten Zugriff seit Jahren den Vorsitz des Jugendhilfeausschusses, die SPD – zumindest von ihrem Verständnis als einzige Partei mit sozialem Gewissen – den Vorsitz des Sozialausschusses und wir konnten dann als drittstärkste Kraft den Schulausschuss greifen. Als zweiten Ausschussvorsitz haben wir uns für den Planungsausschuss entschieden – auch ein Gremium, das auf der kommunalen Ebene große Öffentlichkeit erhält.

Forum *Was sind die Kernkompetenzen, die eine Ausschussvorsitzende mitbringen sollte?*

Pass-Weingartz: Zuallererst einmal ein herausgehobenes Interesse am Thema und die Bereitschaft, mit vielen Akteuren zusammenzuarbeiten. Ein bisschen politische Erfahrung wäre nicht schlecht! Weil das Wissen darum, was in dem gewählten Themenfeld wichtig oder weniger wichtig ist, erleichtert einem die Sitzungsleitung. Wichtiger ist, dass frau strukturieren kann und nicht den Überblick über den Sitzungsverlauf verliert. Was die Inhalte angeht, geht es vor allem darum zu erkennen, was in der jeweiligen Sitzung wirklich wichtig ist – und nur dazu rede ich. Ansonsten sind Moderationskompetenzen gefragt, damit die Aufmerksamkeit auf viele Akteure, auch auf die Presse, gelingt.

Forum *Was sollte bei der Vorbereitung auf die erste Sitzung beachtet werden?*

Pass-Weingartz: Vor der ersten Sitzung sollte man

sich durch das Studium der Gemeindeordnung schon ein bisschen über die Formalia informiert haben. Aber auch das sollte nicht so hoch gehängt werden, denn es ist immer die Assistenz der Verwaltung an der Seite, die helfen kann, wenn man in Sachen Formalia nicht weiter weiß.

Forum *Ausschussvorsitzende haben die Aufgabe, die Tagesordnung festzulegen. Das ist eine Schlüsselstellung. Bitte beschreibe doch mal, wie das in Bonn ganz konkret läuft.*

Pass-Weingartz: Zu Beginn meiner Tätigkeit als Ausschussvorsitzende habe ich monatlich einmal ein längeres Gespräch mit dem Schulamtsleiter geführt, das sich um die bevorstehende Tagesordnung des Schulausschusses aber auch um wichtige Punkte der Schulpolitik in Bonn drehte. Das habe ich mittlerweile bewusst aufgeben: sowohl aus Zeitgründen, aber – was noch wichtiger war – ich wollte nicht so tief in die Internas einer Stadtverwaltung blicken. Es hat mich befangen gemacht, investigative Anträge zu stellen.

Jetzt ist die gängige Praxis der Ausschussvorbereitung mit der Verwaltung so, dass mit die zuständige Mitarbeiterin anruft und mir mitteilt, was seitens der Verwaltung auf die Tagesordnung kommt und ich berichte ihr, was wir vorhaben. Große Konflikte hat es bisher nicht gegeben. Ich war auch bisher noch nie in der Situation, einen Tagesordnungspunkt ablehnen zu müssen.

Forum *Was sind deine wichtigsten Informationsquellen?*

Pass-Weingartz: Neben der Information über Schulpolitik auf Landesebene und natürlich der Information über das, was in anderen Städten passiert ist meine wichtigste – allerdings sehr zeitaufwändige – Informationsquelle der direkte Kontakt zu den Schulen vor Ort. Mit über 100 allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen gestaltet sich das in Bonn als eine Mammutaufgabe für eine Ehrenamtlerin. Aber es bringt viel und schafft eine gute Vertrauensbasis für die eigene politische Arbeit.

Forum *Wie setzt du deine eigenen Akzente?*

Pass-Weingartz: Ich versuche, meine überparteiliche Rolle so umzusetzen, dass ich mich zu wichtigen Entwicklungen in der Schulpolitik öffentlich äußere. So habe ich Jahrespressekonferenzen zu den aktuellen Themen der Schulpolitik in Bonn durchgeführt? Oder ich habe zu aktuellen Diskussionen Position bezogen – wie zur qualitativen und quantitativen Entwicklung der Offenen Ganztagschule, dem Bedarf für den Ganzttag in der Sekundarstufe I oder zum Thema Inklusion.

Forum *Wie gehst du mit der Presse um?*

Pass-Weingartz: Vertrauensvoll und bemüht. Ich versuche, die Presse vor Ort mitzunehmen. Das setzt im günstigsten Fall voraus, dass sich die PressevertreterIn für das Thema Schule interessiert. Ich lade die Presse immer zu Ortsterminen mit ein und in der Regel kommt die Presse dann auch. Darüber hinaus mache ich Pressekonferenzen zu übergeordneten Themen, wie Inklusion, Ausbau OG's usw.

Forum *Wie bereitest du eine Ausschusssitzung mit der eigenen Fraktion vor?*

Pass-Weingartz: Wir stimmen die Punkte inhaltlich ab und legen die Rollenverteilung fest. Punkte, die besonders wichtig oder übergeordnet sind, werden von mir bearbeitet. Aber sehr dosiert, ansonsten hat die schulpolitische Sprecherin die Hauptrolle.

Forum *Welche Rolle spielt die Schulpolitik bei euch vor Ort?*

Pass-Weingartz: In Bonn sind wir Grünen auf dem besten Wege, zweitstärkste Kraft zu werden und das hat einiges damit zu tun, dass wir sehr stark auf die Felder Kinder/Jugend, Bildung und Familie gesetzt haben.

Forum *Was war deine Sternstunde als Ausschussvorsitzende?*

Pass-Weingartz: Als wir nach jahrelangen Kämpfen endlich das Votum für eine vierte Gesamtschule in Bonn geschafft hatten. Nachdem die ehemalige Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und ihre SPD ihren Widerstand aufgegeben hatte und auch die CDU zähneknirschend den Elternwillen akzeptierte. Noch allerdings gibt es keine Genehmigung von Landesseite auf den Ganzttag für diese Gesamtschule – perfide und skurril, wo doch alle anderen Schulen in den Ganzttag gehen. Aber ich hoffe, die Landtagswahl wird auch in dieser Hinsicht endlich den Durchbruch bringen. Und das kann sie nur mit starken Grünen!!!

Forum *Ja, das wünschen wir uns. Vielen Dank für das Gespräch.*

Das Interview führte Dunja Briese

+++ Die Rolle der/des Ausschussvorsitzenden +++

- ❑ Die/der Ausschussvorsitzende setzt die Tagesordnung im Benehmen mit dem (Ober-) BürgermeisterIn bzw. dem Landrat fest. Dadurch ist eine begrenzte Einflussnahme auf die Tagesordnung möglich.
- ❑ Die/der Ausschussvorsitzende soll eine faire, aber auch effektive Beratung ermöglichen und fördern (ausgleichende Funktion).
- ❑ Auf Verlangen des Bürgermeisters, sowie auf Antrag einer Fraktion, sind Ausschussvorsitzende verpflichtet, einen Gegenstand auf die Tagesordnung aufzunehmen
- ❑ Ausschussvorsitzende haben in Angelegenheiten ihres Ausschusses ein Recht auf Akteneinsicht.
- ❑ Die/der Ausschussvorsitzende kann sich selbst zu Wort melden, sollte dieses jedoch deutlich machen, um die Rolle als Vorsitzender und Ausschussmitglied einer Fraktion zu

trennen. Während der Wortmeldung der Vorsitzenden kann auch die Stellvertretung die Sitzungsleitung übernehmen.

- ❑ Die/der Ausschussvorsitzende werden in der Öffentlichkeit als Herausgenommen wahrgenommen, da sie den Ausschuss repräsentieren. Dadurch ergeben sich erweiterte Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf die Aufgaben des Ausschusses.

Tipp: Wenn kleine Fraktionen nur ein Ausschussmitglied stellen können, sollte gründlich überlegt werden, ob in einem solchen Ausschuss ein Ausschussvorsitz übernommen wird, denn die Doppelfunktion als Ausschussvorsitzender und Ausschussmitglied, ist auf Grund der verschiedenen Rollenanforderungen schwierig.

(DB)



Freiräume und Zwänge in kommunaler Verantwortung

Grüne Beigeordnete

*Markus Schnapka
Beigeordneter für Kinder,
Jugend, Schule, Soziales,
Senioren, Integration,
Weiterbildung
bei der Stadt Bornheim (Rhld.)*

Grün und BeigeordneteR sein – was in Gründerzeiten noch Widerspruch oder Fantasiegebilde war, ist heute selbstverständlich.

Längst haben Grüne auch in den Vorstandsetagen der Kommunen einen festen Platz.

Auch wenn ihr Anteil in den kommunalen Verwaltungen noch weit von ihrem Anteil an kommunalen WählerInnenstimmen entfernt ist: Grüne bauen ihren Einfluss weiter aus.

Grüne Akteure

Etwa 22 grüne oder grünnahe Beigeordnete gibt es in NRW, etwa 13 davon in kreisfreien Städten. Das fachliche Spektrum ist breit: Das Umweltdezernat gehört ebenso dazu wie die Kämmerei oder der Bereich Jugend/Soziales. Auch im Stadtplanerischen, im Personalwesen oder im Kulturbereich sind grüne Wahlbeamte aktiv, selbst der Ordnungssektor ist kein grünfreies Terrain mehr.

Bei den Amtsleitungen jedoch sieht's im Vergleich zu den Beigeordneten relativ mager aus: Da gibt's nur 15, die GRÜN geoutet sind.

Im Bereich der kommunalen Spitzenverbände sind die Grünen sehr unterschiedlich aufgestellt: Im Städtetag, dem Zusammenschluss der Großstädte, sind die Grünen landesspezifisch unterschiedlich vertreten, in Baden-Württemberg sind sie traditionell gut aufgestellt, in NRW nehmen sie an Bedeutung zu. Im Landkreistag haben sie am wenigsten zu sagen und im Städte- und Gemeindebund, der Vertretung der kleineren Städte und Gemeinden, sind sie sehr quirlig – wie überhaupt der Städte- und Gemeindebund dem früher übermächtigen Städtetag längst den Schneid abgekauft hat.

Über die Bürgermeister, Beigeordneten und Amtsleitungen bildet sich die Meinung der kommunalen Spitzenverbände, die bei Gesetzgebung und Regierungspolitik auf Bundes- und Länderebene ein oder mehr Wörtchen mitzureden haben. Bei der (unglücklich laufenden) Föderalismusreform mischen sie mit, bei der (noch unglücklicher verlaufenden) Steuergesetzgebung ebenso.

Doch auch wenn es keine Erfolgsstrecke gibt: Der kommunale Einfluss auf Regierungen nimmt zu, und er ist umso wirksamer, je fester der kommunale Interessenszusammenschluss gebacken ist.

Ihre Aufgabe, ihre Ziele

Die Beigeordneten bilden nach der NRW-Gemeindeordnung zusammen mit BürgermeisterIn und KämmerIn den Verwaltungsvorstand. Sie sind den (Ober)Bürgermeistern beigeordnet. Als politische Wahlbeamte werden sie unabhängig von den Wahlperioden auf acht Jahre vom Rat gewählt. Die so genannten „Ersten Beigeordneten“ sind die internen VertreterInnen der/des BürgermeisterIn.

Über die Beigeordneten haben die Fraktionen, auf deren Ticket sie fahren, Einfluss auf den Verwaltungsvorstand. Eine Zwitterstellung, die zunächst nach der Abschaffung der Doppelspitze (Bürgermeister/Stadtdirektor) ab 1999 an Bedeutung gewann, mit der 2007er Veränderung der Gemeindeordnung, die vor allem den BürgermeisterInnen den Rücken stärkte, wieder etwas schrumpfte. Dennoch: Sie sind und bleiben die CheffInnen ihrer Dezernate und damit der Amtsleitungen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich arbeiten. Mitunter gab es Debatten, die Beigeordnetenebene abzuschaffen. Sie verliefen alle im Sande – der Einfluss in die Verwaltung ist der Politik immer wichtig gewesen, und die Befürchtung, sonst das Heft des Handelns zu sehr der Hand der/des Bürgermeisterin/s zu überlassen, ist nicht unbegründet.

Die Funktionen der Beigeordneten sind also schillernd: Sie arbeiten eng mit dem Bürgermeister zusammen und bilden mit ihm die Stadtverwaltungsspitze, sie sind in ihren Dezernaten Vorgesetzte, sie sind Botschafter und Informanten der sie entsendenden Fraktionen. Ihre wichtigste Funktion aber steht in keiner Gemeindeordnung und keiner Dienstanweisung: Sie sind die, die über den Tellerrand der Aufgabenerfüllung hinausschauen. Sie können und sollen mittel- und langfristige Entwicklungen einleiten, die im Arbeitsalltag und in einer verengten, kurzfristigen kommunalen Finanzperspektive aus dem Blick geraten. Sie sind die hauptberuflichen Gestalter in den Kommunen. Gerade Grüne nutzen diese Chancen: Ob es die menschengerechte Stadtgestaltung, die Umweltagenda, die kommunale Bildungsentwicklung, der Umgang mit Armut, die multikulturelle Integration, die Inklusion von Menschen mit und ohne Behin-

derung, die Kultur oder die Jugendarbeit ist: Grün wirkt und ist sichtbar. Aber auch ein menschliches und transparentes kommunales Finanzmanagement, eine fortschrittliche Verwaltungsstruktur, die nach BürgerInneninteressen und nicht nach Erbhöfen gegliedert ist, ein Personalwesen, das sich von der Vetternwirtschaft entfernt, ist bei näherem Betrachten oft grün gesteuert.

Ihre Voraussetzungen, ihr Risiko

Hier wird auf Fachlichkeit Wert gelegt, denn die Dezernatsleitung ist vor allem eine fachliche Steuerung. Hochschuldiplom und Berufs-/ Leitungserfahrung sind Voraussetzung. Der grüne Mitgliederausweis ist kein Muss, die Verbundenheit mit grün/alternativer Politik dagegen schon. Die grünen Fraktionen in den Räten – an ihrer Spitze die Fraktionsvorsitzenden und manchmal auch die FraktionsgeschäftsführerInnen – steuern auch die Besetzung der Wahlbeamten. Sie schmieden die Koalitionen und handeln die Verträge aus. Die beständige und inhaltlich motivierte Arbeit der grünen Fraktionen zahlt sich aus, dadurch wächst der Einfluss auf die Besetzung von Schaltstellen im kommunalen Verwaltungsapparat. Verglichen mit der flatterhaften FDP haben die Grünen auf der Beigeordnetenebene eindeutig die Nase vorn.

Beigeordnete werden gut bezahlt, sind als Wahlbeamte pensionsrechtlich abgesichert, sitzen

aber, gerade wenn sie kleinen Parteien angehören, auch auf einem potentiellen Schleuderstuhl. Denn sie können abgewählt (mit einer 2/3-Mehrheit im Rat) oder mit Ablauf ihrer Wahlperiode nach Hause geschickt werden. Und das ganz unabhängig davon, ob sie Mist gebaut oder Erfolgreiches geleistet haben. Überleben ist hier jedenfalls immer eine Sache politischer Mehrheiten.

Ihr Balanceakt

Der Balanceakt, den Beigeordnete meistern müssen, ist der zwischen Sinnvollem, Zukunftsträchtigem und Machbarem. Oder anders ausgedrückt: Zwischen grünem Kommunalwahlprogramm und harter Ressourcenwirklichkeit. Denn heute haben nur noch fünf! Prozent der kreisangehörigen Kommunen in NRW einen ausgeglichenen Haushalt. Alle anderen leben mit einem Haushaltssicherungskonzept oder, schlimmer noch, im Nothaushalt. Und das heißt: Nicht das Erforderliche, schon gar nicht das Bedarfsgerechte, sondern nur noch das Unabweisbare ist finanzierbar. Die schwarzen Steuer- und Schleudergeschenke werden dafür sorgen, dass auch die letzten fünf Prozent ihre Glückseln verlassen werden.

Es geht um die Machbarkeit grüner Politik, um die Steuerung der Inhalte – dafür sind Beigeordnete Schaltstellen. Mehr davon heißt: Mehr grüne Politik als Erfolg zum Anfassen.

+++ Grüne Beigeordnete in NRW +++

Britta	Anger	Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit der Stadt Bochum
Dipl.-Ing. Harald	Bayer	Beigeordneter für Umwelt, Grünflächen und Geodaten in Wuppertal
Dr. Manfred	Beck	Beigeordneter für Kultur, Bildung, Jugend und Sport in Gelsenkirchen
Wolfgang	Beckermann	Kämmerer der Stadt Greven
Dr. Manfred	Busch	Kämmerer in Bochum
Marlis	Brededorst	Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt in Köln
Paul Georg	Fritz	Kämmerer in Neukirchen-Vluyn
Dr. Peter	Greulich	Beigeordneter für Umwelt, Gesundheit und Feuerwehr in Duisburg
Edgar	Hengstmann	Beigeordneter für Soziales, Jugend und Bildung der Stadt Greven
Michael	Hildebrand	Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Kämmererei der Stadt Lohmar
Martina	Hoffmann-Badache	Sozialdezernentin im Landschaftsverband Rheinland
Gabriele C	Klug	Kämmerin in Wesel
Gisela	Nacken	Beigeordnete für Umwelt, Gesundheit und Wohnen der Stadt Aachen
Anja	Ritschel	Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz in Bielefeld
Dr. Thomas	Rommelspacher	Beigeordneter für Planung im Regionalverband Ruhrgebiet
Helga	Sander	Beigeordnete für Umwelt, Planen und Bauen in Mülheim
Günter	Schabram	Sozialdezernent der Städteregion Aachen
Markus	Schnapka	Beigeordneter für Schule, Jugend, Soziales und Erwachsenenbildung der Stadt Bornheim
Hans-Jürgen	Serwe	Umweltdezernent im Kreis Mettmann
Dr. Wilhelm	Steitz	Beigeordneter für Recht, Umwelt und Ordnung in Dortmund
Helga	Stulgies	Beigeordnete für Öffentliche Einrichtungen in Düsseldorf
Gudrun	Thierhoff	Beigeordnete für Schule, Jugend und Kultur in Herne



Kommunalpolitisches Engagement lebt von der privaten Zeit

Fraktionsvorsitzende in einer Großstadt

Barbara Moritz
Fraktionsvorsitzende
der Grünen im Rat
der Stadt Köln

An KommunalpolitikerInnen werden vielfältige Anforderungen gestellt – und das Ehrenamt lebt von der privaten Zeit. Gesprächsmanagement, Sitzungsführung, Konfliktfähigkeit und Kompromissfähigkeit, Zeitmanagement, Selbstorganisation, politischer Instinkt und Netzwerke gehören zum Aufgabenspektrum. Barbara Moritz wirft ein Schlaglicht auf die Aufgaben einer Fraktionsvorsitzenden und auf die mit diesem anspruchsvollen Ehrenamt verbundene Balance zwischen Engagement und dem Verlust an privater Zeit.

Einstieg Bezirksvertretung

Meine ersten kommunalpolitischen Erfahrungen machte ich in der Bezirksvertretung – ein idealer Einstieg: Hier hatte ich den direkten Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern, war mit allen Nöten und Wünschen konfrontiert, ohne auf ein Fachgebiet festgelegt zu sein. Neben dem unmittelbaren Umgang mit den Menschen bei Ortsterminen und Bürgerversammlungen, lernte ich mit Verwaltungsvorlagen umzugehen, Anfragen und Anträge vorzubereiten, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einzuüben, die komplizierten Abstimmungsprozesse mit den anderen Fraktionen und der eigenen Parteibasis zu organisieren. Dort habe ich Feuer gefangen und mich immer tiefer eingearbeitet.

Der Sprung in den Rat

1994 wurde ich in den Rat der Stadt Köln gewählt. Bis 2000 war ich als „normales“ Ratsmitglied für Stadtentwicklung und Wohnen zuständig und in einem Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsgesellschaft tätig. Ich habe drei Kinder und war mit einer halben Stelle als Hauptschullehrerin beschäftigt.

Ich stellte schnell fest, dass die Facharbeit in den Ausschüssen hohe inhaltliche Ansprüche stellt. Daher habe ich zu Beginn meiner Ratstätigkeit viele Fortbildungsveranstaltungen (Planungsrecht, Baurecht, Umweltgesetzgebung) besucht, um der Verwaltung auf Augenhöhe begegnen zu können.

Erst im Rat merkte ich, wie groß unsere Stadt eigentlich ist, wie viel es noch zu erarbeiten und zu entdecken gibt. Häufig machte ich mich daher

vor Ort kundig. Mit der Zuständigkeit für die Gesamtstadt nahmen auch die Bürgeranfragen und Kontakte zu Organisationen und Verbänden enorm zu. Für meinen weiteren Erfolg war auch die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit allen wichtigen Themen wichtig.

Und dann Fraktionsvorsitzende

Bereits in dieser Zeit kam ich an die Grenze meiner persönlichen Belastbarkeit – ob in der Familie, an meinem Arbeitsplatz oder im Rathaus. Meine Arbeitskolleginnen stöhnten unter der Vertretungsbelastung, obwohl sie meinem politischen Engagement grundsätzlich positiv gegenüberstanden. In einer Auseinandersetzung mit meinem Dienstherrn wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass ich permanent gegen das Beamtengesetz verstoße, weil die ehrenamtliche Arbeit dort mit wöchentlich acht Stunden definiert ist.

Als ich Mitte 2000 zur Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde, war eine klare Entscheidung notwendig. Ich habe entschieden, mich ohne Bezüge beurlauben zu lassen, um mich voll auf die politische Arbeit zu konzentrieren. Das bedeutet auch, dass ich keine weitere Altersversorgung erhalte und selbstständig Krankensichere bin. Eine bezahlte Stelle in der Fraktion durfte ich als beurlaubte Beamtin nicht annehmen. Obwohl meine Entscheidung mit vielen persönlichen Opfern verbunden ist, habe ich sie niemals bereut.

Schlüsselkompetenzen

Als Fraktionsvorsitzende bin ich mit Herausforderungen konfrontiert, die ich in drei wichtige Bereiche unterteilen möchte:

1. Es gilt, aus einer Gruppe von Fraktionsmitgliedern ein schlagkräftiges Team zu machen, das solidarisch an einem Strang zieht. Bei einer neu gewählten Fraktion müssen die „Neuen“ integriert und mit der Arbeitsweise vertraut gemacht werden. Eine einheitliche Fraktionsmeinung herzustellen, die im Idealfall eng mit der Partei abgestimmt sein sollte, ist aus vielerlei Gründen kompliziert und nicht

immer konfliktfrei. Die unterschiedlichen Interessenslagen müssen ausbalanciert werden. Da können gesamtstädtische Interessen mit denen des Bezirkes kollidieren, da stoßen Bebauungspläne auf Widerstand bei den Umweltschützern, da gibt es Verteilungskämpfe um Haushaltstitel für die unterschiedlichen Politikfelder, Prioritäten müssen gesetzt und von der Fraktion akzeptiert werden.

2. Nach jahrelanger Oppositionsarbeit sind wir seit einigen Jahren in einer Koalition mit der SPD. Dies erfordert einen Mentalitätswechsel, der einigen in der Fraktion sehr schwer gefallen ist. Nicht mehr Grün-Pur ist bei der Meinungsbildung der Maßstab, sondern das ständige Ringen um einen tragfähigen Kompromiss. Neben heftigen internen Diskussionen kommt die zeitaufwändige Abstimmung mit dem Koalitionspartner hinzu. Dabei ist diplomatisches und taktisches Geschick erforderlich.
3. Die Fraktionsvorsitzende ist das Aushängeschild der Fraktion. Als zentrale Ansprechpartnerin für Presse, Öffentlichkeit und Institutionen müssen die Kernpositionen aller Themen im Blick behalten und vertreten werden.

Die Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden ist sehr abwechslungsreich. Sie erfordert Kreativität, Hartnäckigkeit, Geduld und Besonnenheit, aber auch Leistungsfähigkeit, Stehvermögen und Leidenschaft. Erfolge sind wunderbar, aber auch Niederlagen und Irrtümer müssen bearbeitet und verkraftet werden.

Anmerkungen zum „Ehrenamt“

Unser föderales, parlamentarisches System basiert auf drei Säulen: dem Bundestag, den Landtagen und den Räten in Städten/Gemeinden und Kreistagen. Während die Abgeordneten auf Bundes- und Landesebene Politprofis sind, arbeiten die Kommunalpolitiker ehrenamtlich.

Das Idealbild des ehrenamtlichen Mandatsträgers zeichnet ein Akteur, der im Beruf fest verankert ist und weiß, wie die ganz normale Alltagsrealität der Menschen aussieht. Und nebenbei, in der Freizeit geht die LokalpolitikerIn manchmal auch nach Feierabend für einige Stunden ins Rathaus und fasst dort Beschlüsse, so das tradierte Bild des kommunalen Mandats. Tatsächlich ist dies zumindest für die Städte eine Fiktion und entspricht ganz und gar nicht der Wirklichkeit.

Nach einem rotgrünen Antrag im Landtag „Kommunales ehrenamtliches Engagement muss attraktiv bleiben“, gab der Landtag ein Gutachten über die Problemlagen der kommunalen Mandatsträger in Auftrag. Dort stellt die Bertels-

mann-Stiftung fest, dass die reine Sitzungszeit in den Räten und Gremien deutscher Großstädte im Durchschnitt bei 21 Stunden liegt. Das Institut für Politikwissenschaften der Universität Frankfurt verzeichnet für Großstädte über 400 000 Einwohnern sogar 30 Stunden, wobei der Zeitaufwand für Fraktionsvorsitzende nochmals deutlich höher ist. Denn die Vorbereitung der Sitzungen, die Lesezeit für die umfangreichen Unterlagen, die Abstimmungsgespräche mit anderen Fraktionen und der Verwaltung, sowie Repräsentationsverpflichtungen oder Wahlkreisaktivitäten sind dabei noch nicht einbezogen.

Schon diese knappe Beschreibung lässt das Dilemma erahnen.

Ich beobachte bei meinen Kollegen, und besonders bei den Frauen in der Fraktion, die Kinder haben, dass die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt de facto nicht möglich ist. Zumindest ist eine Tätigkeit im Rat mit den beruflichen Anforderungen nicht vereinbar und wenn der Partner oder die Partnerin nicht wesentliche Teile der Familienarbeit übernimmt, ist auch dieser Spagat kaum zu schaffen.

Daher wird die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs immer schwieriger. Immer weniger junge Menschen, immer weniger Frauen, immer weniger Berufstätige, werden sich für die kommunale Arbeit in den Großstädten engagieren. Es ist daher eine dringende Aufgabe des Landesgesetzgebers, die Gemeindeordnung so zu reformieren, dass die Rahmenbedingungen für die Ratspolitiker so gestaltet werden, dass diese verantwortungsvolle Arbeit auch ausgefüllt werden kann.

+++ Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik +++

Studie: Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten

Ausgangspunkt der Studie ist das Dilemma, in dem sich die Ratsmitglieder befinden: Auf der einen Seite sind sie formal ehrenamtlich tätig, auf der anderen Seite benötigen sie aber einen sehr hohen Zeitaufwand für die Ausübung des Mandats, der laut Studie zwischen 25 und 35 Stunden pro Woche beträgt. Zeitaufwand, Aufwandsentschädigungen, Infrastruktur – das sind Faktoren, anhand derer die Wissenschaftlerin Dr. Marion Reiser die Professionalisierung bemessen hat. Neben der Auswertung der relevanten Literatur beruht die Untersuchung auf einer Datenanalyse für alle deutschen Großstädte mit mehr als 400.000 Einwohnern, sowie einer schriftlichen Befragung von 287 Stadträten.

Die Befragung ergab, dass 89 Prozent der Ratsmitglieder durch das Mandat Nachteile und Probleme am Arbeitsplatz erfahren haben und dass 85 Prozent der Ratsmitglieder Strategien zur Vereinbarkeit anwenden. Die wichtigsten Strategien sind dabei die (vollständige) Freistellung, der Arbeitsplatzwechsel, flexiblere Arbeitszeiten und die Reduzierung der Arbeitszeit.

(DB)



Ein Erfahrungsbericht aus Zülpich

Allein im Rat

Angela Kalnins
Fraktionssprecherin in Zülpich

Der Status des einsamen Ratsmitglieds in feindlichem Terrain ist für viele Grüne in kleinen Kommunen keine Ausnahmesituation. Allround-Talente entwickeln, Akzeptanz schaffen, langfristige Ziele verfolgen, Unterstützung sichern und Lernprozesse in Gang setzen, wird da zur politischen Überlebensstrategie. Doch Gestaltungswille und Zähigkeit können auch unter schwierigen Bedingungen zum Erfolg führen. Angela Kalnins erinnert sich.

Harte Zeiten

Meine Ratstätigkeit in Zülpich habe ich nach der Kommunalwahl 1994 in einer zweiköpfigen Fraktion aufgenommen. In dieser ersten Ratsperiode lernte ich die politischen Akteure und Abläufe kennen.

Bei der Kommunalwahl 1999 zog eine Wählergruppe aus Abiturienten, die unter Grünen viele Sympathien fand, mit drei Sitzen in den Stadtrat ein, während die Grünen nur noch einen Sitz erzielten. Der entfiel auf den ersten Platz der Reserveliste und wir entschieden nach eingehender Beratung, dass ich den Sitz annehme. In dieser geschwächten Situation ohne Fraktionsstatus wurde von den anderen Parteien ganz unverblümt polemisiert, „dass der Wähler die Grünen nicht gewollt habe“.

Man gestand mir keinerlei politische Mitarbeit außerhalb der Ratssitzungen zu. Die von mir beantragte Ausschussteilnahme als beratendes Mitglied wurde grundsätzlich verwehrt.

Nach einiger Zeit bekam ich im Rahmen der geänderten Gesetzeslage das Recht auf einen Ausschuss meiner Wahl als beratendes Mitglied. Ich wählte den Haupt-, Personal- und Finanzausschuss. Von Anfang an besuchte ich sämtliche Ausschüsse als ZuhörerIn.

Die Konferenzen der Fraktionsvorsitzenden (FVK) fanden immer ohne mich statt. Ich erfuhr nicht einmal, dass überhaupt eine FVK anberaumt war, geschweige deren Tagesordnung. Ich konnte keine eigenen Anträge stellen. Nur Bürgeranträge (Anregungen und Beschwerden) waren möglich.

Das einzige Gremium, an dem ich aktiv teilnehmen konnte, war der Stadtrat. Dort habe ich zu allen, mir wichtigen Punkten, Stellung bezogen, Fragen gestellt, Diskussionen angeregt. Mir wurde anfangs das Wort entzogen oder gar nicht erst erteilt. Ich wurde auf die Ausschusssitzungen verwiesen, wenn ich Informationsbedarf hätte.

Als meine Frustrationsgrenze überschritten war, habe ich mich bei der Kommunalaufsicht beschwert. Was allmählich dazu führte, dass die Ausschussprotokolle Tage vor Beginn der Rats-

+++ Rechte in Rat, Kreistag und Ausschuss +++

- ❑ Gewählte Ratsmitglieder/Kreistagsmitglieder und sachkundige BürgerInnen haben Stimmrecht, Antragsrecht, Rederecht und das Recht auf Geschäftsordnungsanträge.
- ❑ Alle Ratsmitglieder/Kreistagsmitglieder können an der nicht-öffentlichen Sitzung eines Ausschusses als Zuhörer teilnehmen. Mitglieder der Bezirksvertretung dürfen dies nur, wenn die Geschäftsordnung des Rates eine entsprechende Regelung enthält. Sachkundige BürgerInnen können an der nicht-öffentlichen Sitzung des Ausschusses teilnehmen, in den sie berufen sind. Die Teilnahme am nicht-öffentlichen Teil einer anderen Ausschusssitzung steht nur insoweit offen, als Aufgabenbereiche ihres Ausschusses berührt werden.
- ❑ Wenn ein Ratsmitglied/Kreistagsmitglied, welches nicht dem Ausschuss angehört, einen Antrag in dem betreffenden Ausschuss gestellt hat, kann es den Antrag begründen und sich an der Beratung des Tagesordnungspunktes beteiligen, jedoch nicht mit abstimmen.
- ❑ Die/der OberbürgermeisterIn (Landrätin, Landrat) haben das Recht, mit beratender Stimme an Ausschusssitzungen teilzunehmen.

Hinweis: Rats-Kreistagsmitglieder und sachkundige Bürgerinnen/EinwohnerInnen haben gegenüber ihrem Arbeitgeber einen Anspruch auf Freistellung für ihre Tätigkeit.

sitzung vorlagen. Dadurch verlängerten sich die Beratungen in den Ratssitzungen deutlich, nach dem die Ausschussergebnisse vorher in erster Linie abgenickt wurden.

Sternstunden

Die wirkliche Sternstunde für mich als Einzelkämpferin waren die jährlichen Haushaltsreden. Da gibt es keine Redezeitbegrenzungen, es wird nicht das Wort entzogen und ich habe sie genutzt, um zu allen mir wichtigen Bereichen ausführlich Stellung zu beziehen.

Bei einem Thema konnte ich in dieser Zeit einen nachhaltigen Erfolg erzielen: Die Stadt plante, die Bäume auf den Friedhöfen zu entfernen, um den Pflegeaufwand zu verringern. Die Antwort des Bürgermeisters auf meine Frage dazu, wurde von der örtlichen Presse aufgegriffen und führte zu einem Aufschrei in der Bevölkerung. Es entwickelte sich eine Bürgerinitiative zum Schutz der Bäume, in der ich bis heute mitwirke und die in zäher Arbeit viel erreichen konnte. Die Sensibilität für Naturschutzthemen ist seitdem geschärft und die lokale Präsenz der Grünen ist durch dieses Thema wieder im Bewusstsein der Bevölkerung verankert.

Annäherung

Bei der Kommunalwahl 2004 fehlten uns genau sechs Stimmen zum zweiten Sitz. Dieses Ergebnis bescherte mir eine zweite Legislatur als Einzelkämpferin.

Noch am Wahlabend kamen Vertreter von CDU und SPD zu mir, bedauerten dieses knappe Ergebnis und boten mir Sitze mit beratender Stimme in allen Ausschüssen an. Die Grünen konnten sogar einen sachkundigen Bürger benennen, ich konnte an den Fraktionsvorsitzendenkonferenzen teilnehmen.

Mir wurde versichert, dass dieses Angebot meiner Hartnäckigkeit zu verdanken sei. Ich hätte bewiesen, dass es mir ernst sei.

In den folgenden Jahren war das politische Leben einfacher, ich konnte aktiv an der Meinungsbildung teilnehmen.

Das positivste Ergebnis dieser Zeit: Ich betrachte mich als Allrounder, habe Kenntnisse in allen Bereichen des politischen Lebens, die ich als einfaches Fraktionsmitglied zumindest in dieser Zeitspanne nie hätte erwerben können.

Politische Erfolge waren weiterhin dünn gesät. Die Bevölkerung nimmt mich jedoch als Grüne wahr. Es wird auch allgemein anerkannt, dass ich in dieser harten Zeit engagiert mitgewirkt habe.

Wieder im Aufwind

Seit der Kommunalwahl 2009 bin ich Vorsitzende einer Zwei-Personen-Fraktion, wir haben Mitglieder und InteressentInnen dazu gewonnen. Es arbeiten regelmäßig bis zu fünf sachkundige BürgerInnen mit. Das ist eine Menge, bei einem zwölfköpfigen Ortsverband in der, immer noch, viel zu schwarzen Eifel.

In den vergangenen zehn Jahren habe ich gelernt gezielter zu agieren, aber auch zu kämpfen statt zu resignieren.

Diese Zeit hat in der Zülpicher Politik Spuren hinterlassen. Landschaftspflegerische Begleitpläne sind einigen Akteuren immer noch lästig, aber man hat sich daran gewöhnen müssen. Es gibt noch immer keine Windräder, aber ich arbeite darauf hin, dass sie kommen.

Politische Ideale allein reichen meiner Meinung nach als Triebfeder nicht aus, dafür ist die Erfolgsquote zu gering. Ein großes Maß an Zähigkeit ist nötig, um als Einzelkämpferin zu überleben. Es gab harte Zeiten, besonders in den ersten Jahren. Aber ich habe die Anerkennung meiner politischen Konkurrenten erhalten. Meine Meinung wird gehört und respektiert. Dank der harten Schule, die ich durchlaufen musste, bin ich zu einer gut informierten Kommunalpolitikerin geworden.

Alles in allem ist die Zeit der Einzelkämpferin keine angenehme Erfahrung, aber man kann an dieser Aufgabe wachsen. Ich bin froh, dass diese zehn einsamen Jahre beendet sind und durch eine neue Phase des politischen Aufwinds abgelöst werden. Ich bin zuversichtlich, dass wir Grünen in Zülpich unseren Platz weiter ausbauen werden.

+++ Pflichten in Rat, Kreistag und Ausschuss +++

- Die Arbeit hat zum Wohl der Kommune/des Kreises zu erfolgen (im Sinne der Verteidigung).
- Verschwiegenheitspflicht gegenüber Angelegenheiten, die im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Kenntnis kommen, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist. Keine Verschwiegenheitspflicht besteht für offenkundige Tatsachen.
- Verhalten im Sinne der Geschäftsordnung (wie Rederecht), in einigen Kommunen auch im Sinne der Ehrenordnung.



Wie geht das beste Kommunalwahlergebnis in NRW?

Telgte schwelgt im Grünen

Wolfgang Pieper
Fraktionssprecher
von Bündnis 90/GRÜNE
Ratsfraktion Telgte.
Seit dem 09.05.2010 dort
direkt gewählter Bürgermeister.

Die Frage liegt nahe: Wie geht ein solcher Erfolg? Was ist das Patentrezept? Ist ja auch klar: Wenn gut 33 Prozent für Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Telgte eingefahren werden konnte, dann muss es da doch eine Art Strategie geben, die sich ableiten und auch andernorts anwenden ließe.

Das Rezept? Man nehme zwei Pfund Sacharbeit, 350 Gramm Initiative, 300 Gramm Kommunikation, viel Geduld und eine ideenreiche Kampagne, rühre ein Quäntchen Glück darunter, und schon ist der Dreiunddreißigprozent-Kuchen fertig.

Leider geht das so nicht. Und zum Glück sind die Bedingungen für GRÜNE Arbeit vor Ort so unterschiedlich wie die jeweiligen Kommunen und die Menschen, die dort Politik machen.

Kontinuität und Wandel

Wie in vielen anderen Kommunen gründete sich der Ortsverband Telgte Anfang der 80er-Jahre und trat erstmals zur Kommunalwahl 1984 an. Mit gut 11 Prozent gelang der Sprung in den Stadtrat, und bis zur Wahlperiode 2004 bis 2009 verbesserte sich das Ergebnis kontinuierlich auf 15,4 Prozent.

Was uns als Fraktion auszeichnet, war und ist unter anderem: ein ausgewogenes Verhältnis von Kontinuität und Wandel. Neue MitstreiterInnen kamen in eine Fraktion, die sich zwar als Gruppe geformt hatte, aber nie geschlossen oder gar abgeschlossen war. Mehrere der GRÜNEN der ersten Stunde waren fünfzehn, zwanzig oder mehr Jahre dabei und gaben der Arbeit – und dem Klima der Zusammenarbeit – die Grundnote, und damit Kontinuität.

Lokale Anerkennung

Die so gewachsene Sach- und Fachkenntnis der Fraktionsmitglieder, die in einer kleinen Stadt unerlässliche Nähe zu den BürgerInnen, den Vereinen, Initiativen, Institutionen und Gruppen, und nicht zuletzt die regelmäßig erscheinende eigene GRÜNE Zeitung „Dat Pöggskén“ trugen dazu bei, dass die Arbeit wahrnehmbar wurde, Akzeptanz und Anerkennung auch aus nichtgrünen Kreisen erhielt und als unverzichtbarer Teil der kommunalen Politik angesehen wurde.



1985 entstand das Projekt einer eigenen Zeitung. „Dat Pöggskén“ (für nicht des Plattdeutschen mächtige: „Das Fröschchen“) berichtet zwei- bis viermal jährlich über die Themen, Anträge, Initiativen und Veranstaltungen der GRÜNEN und liefert – mal kämpferisch, mal augenzwinkernd – eine kontinuierliche Hintergrundberichterstattung durch die GRÜNE Brille. Unser Fröschchen findet den Weg in fast jeden Haushalt und wird von fast allen TelgterInnen gelesen. Eine im Jahr 2002 vom Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster im Auftrag der Telgter Grünen durchgeführte Befragung ergab einen Bekanntheitsgrad von über 80 Prozent und einen Leseanteil von 73 Prozent der 293 Befragten.

Die Sacharbeit

Im Vordergrund der politischen Alltagsarbeit stand und steht für die Fraktion der fachliche Zugang zu den Themen. Sich selbst Themen und Fachgebiete zu erarbeiten und zu erschließen ist das eine. Ortstermine und Gespräche sichern, der Abgleich mit der Praxis und den vielen Expert/innen in eigener Sache das andere. Auf dieser fachpolitisch orientierten Basis lassen sich Anträge, Anfragen und Initiativen glaubwürdig vertreten, selbst wenn dafür nicht immer – zumindest nicht immer sofort – politischer Erfolg winkt.

Das Verhältnis zur Verwaltung

In den ersten Jahren war GRÜNES Engagement nicht zuletzt auch eine Auseinandersetzung mit und ein Agieren gegen Verwaltung. Dies wandelt sich mit der Erkenntnis, dass die Stadtverwaltung in der Regel ebenfalls von fachlichen Erwägungen ausgeht – wenn auch häufig mit anderen Zielsetzungen oder zumindest anderen Ergebnissen. Je enger der Austausch und die an der Sache ausgerichtete Auseinandersetzung mit der Verwaltung ist, umso größer ist das gegenseitige Verstehen.

Und nicht selten stellt sich eine fachlich gut sortierte Verwaltung als Bündnispartner im politischen Geschäft heraus. Und auch bei völlig kontroversen Auffassungen bleibt der gegenseitige Respekt als Grundlage der verschiedenen Rollen im kommunalen Kosmos.

Die Kampagne und das Team

Im Vorfeld der Kommunalwahl gab es dann Ende 2008/Anfang 2009 plötzlich einen besonderen Sog zu den Telgter GRÜNEN. Die fachlich fundierte, immer auch nach außen getragene Meinungsführerschaft in vielen Politikfeldern löste bei vielen interessierten Menschen in unserem Umfeld den Wunsch und die Bereitschaft zur Unterstützung und zur Mitarbeit aus. Hatten bis dahin Woche für Woche rund zehn Mitstreiter/innen in den Fraktionssitzungen zusammen gesessen, waren es nun plötzlich regelmäßig bis zu zwei Dutzend. Fast ein Querschnitt durch die Bevölkerung, mit breitem Erfahrungs- und Berufshintergrund, junge Leute und etwas ältere, Frauen wie Männer, Neulinge und Erfahrene. So gelang die Fortsetzung der intensiven Rats- und Gremienarbeit und „nebenbei“ auch der Kommunalwahlkampf.

Über die Telgter Wahlkampagne unter der Regie von Nikolaus Niet ist in den letzten beiden Ausgaben von Forum Kommunalpolitik berichtet worden. Material, Plakate und Aktionen, und vor allem das Team für die Ratswahl strahlten dabei so viel Engagement, Bereitschaft zur politischen Gestaltung und Verantwortung, und zugleich so viel Spaß und Teamgeist aus, dass es einfach ansteckend war. Der Funke war übersprungen, die Menschen wollten unseren Erfolg. Und dieser Rückenwind hat uns getragen über die reguläre Kommunalwahl mit einem Ergebnis von 29,2 Prozent bis zur Wiederholungswahl im Dezember mit 33,4 Prozent der Stimmen. Hinzu kam, dass die politischen Mitbewerber CDU, SPD und FDP

nicht glaubwürdiger eine größere BürgerInnennähe vermitteln konnten als wir GRÜNE. Wir waren näher dran, oft schneller dran, bestimmten häufiger die Themen und setzten die Akzente. Auch wenn eine Selbsteinschätzung nie objektiv sein kann, wir haben meines Erachtens auch von der „Schwäche“ der anderen Parteien vor Ort profitiert. Insbesondere die CDU hatte offenbar fest damit gerechnet, dass sich das Koordinatensystem nur unmerklich verschieben würde. Sie wurde vollkommen unvorbereitet von der Tatsache überrascht, dass ein David einen Goliath „besiegte“.

Der Faktor Bürgermeister

Die Bürgermeisterwahl kam als Verstärker der geschilderten Tendenzen hinzu. Der CDU-Amtsinhaber trat als einziger Bewerber an. Er hatte mit massiver Kritik aus der Bevölkerung und Akzeptanzproblemen zu kämpfen, wurde nicht als „einer von uns“ wahrgenommen, was auch daran festmachte, dass er nicht – wie 2004 versprochen – im Laufe der Wahlperiode nach Telgte gezogen war, sondern in der Nachbarstadt Warendorf blieb. Bei der regulären Wahl Ende August schaffte er so eben noch den Sprung über die 50 Prozent-Hürde, bei der Wiederholungswahl im Dezember verfehlte er dann mit 49,8 Prozent knapp den Sieg.

Der Erfolg als Erfolgsrezept

Die Wählerinnen und Wähler haben am 30. August 2009 unseren Erfolg gewünscht, selbst herbeigeführt und staunend begleitet. Sie wollten dieses tolle Erlebnis noch einmal. Sie wollten erneut – mit uns – auf der Siegerseite stehen. Und sie gaben uns dafür – bei nahezu unveränderter Wahlbeteiligung – noch einmal vier Prozentpunkte dazu. Dieses Ergebnis ist ein hoher Vertrauensvorschuss und zugleich Ausdruck dafür, dass uns zugetraut wird, den Anforderungen gerecht zu werden.



Grüne Akteure aus dem Powerteam von Telgte. (Mehr davon gibt es auf der Seite 7)



Kommunalpolitische Weiterbildung

Mach' Dich schlau!¹

Dunja Briese
Redakteurin der GAR NRW

¹ Dieser Beitrag ist ein leicht veränderter Auszug aus „Kommunal Politik Machen. Grundlagen. Hilfen, Tipps für die Praxis“. Die von der Alternativen Kommunalpolitik (AKP) in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebene Publikation wird in Kürze in der dritten Auflage erscheinen.

„Hurra, ich bin drin! – Hilfe, worauf hab ich mich da eingelassen?!“ So oder so ähnlich klingt der klassische Stoßseufzer eines Ratsneulings. Gerade zu Beginn einer Wahlperiode ist der Informationsbedarf beachtlich. Und die Fragen hören nicht auf, sie werden „nur“ differenzierter, kenntnisreicher und gestaltungsorientierter.

Doch der Weg zum Kommunalprofi ist abwechslungsreich und lohnenswert, denn schließlich geht es darum, Handlungsspielräume zu erweitern. Also, auf geht's.

Es gibt sie überall, die professionellen Helfer: Die kommunalpolitische Bildungslandschaft im grünen Umfeld besteht zum einen aus den kommunalpolitischen Vereinigungen (KPVen) sowie den kommunalpolitischen ReferentInnen der Landesverbände und Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen. Zum anderen gibt es die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) mit ihren Landesstiftungen. In jedem Bundesland sind diese Strukturen ein bisschen anders ausgeprägt.

Weiterbildung kommunal

Die grünen kommunalpolitischen Vereinigungen bzw. die KommunalreferentInnen sind wichtige Partner und zentrale Schnittstelle. Mit ihren Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsangeboten sind sie die erste Adresse für künftige wie altgediente MandatsträgerInnen. Zur Palette gehören je nach Größe und Schwerpunkt der Vereine Seminare, Newsletter, Online-Dienste, Broschüren, Tagungen und auch der persönliche Rat. Die KPV-MitarbeiterInnen oder Kommunalreferenten beantworten zwar gerne konkrete Fragen per Mail oder Telefon – für „umfangreiche Nachhilfe“ haben sie aber nicht die Zeit. Daher gibt es Weiterbildungsangebote für die ersten und die fortgeschrittenen Stunden mit praxiserprobten ReferentInnen. Klassiker sind Seminare über die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, über Finanzen und Haushaltsrecht, die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune, zu einzelnen kommunalen Fachaufgaben (wie Bauleitplanung), aber auch zu kommunalpolitischen Querschnittsfragen und Arbeitsmethoden für das kommunale Ehrenamt.

■ für NRW: www.gar-nrw.de

Weiterbildung generale

Für die politische Arbeit in Beruf und Berufung haben die HBS-Bundesstiftung und ihre Landesstiftungen „Green Campus“ entwickelt: Es umfasst Themen von Projektarbeit und Zeitmanagement über Lobby-Arbeit und Kampagnenplanung bis zu Teamentwicklung und Gender-Kompetenz. Zielgruppe sind nicht nur Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte, sondern auch Vorstände, Kreis- und FraktionsgeschäftsführerInnen sowie weitere politisch Aktive in Partei, Initiative und Verband. Die verschiedenen Weiterbildungsformate werden vor Ort, in den Ländern und in Berlin angeboten:

- Die Landesstiftungen vermitteln Grundlagen, meistens ganz in der Nähe. Zu den Modulen des Politikmanagement-Zertifikates gehört z.B. das Projekt- und Zeitmanagement. Ei-

+++ Wann passt welche Seminarform? +++

Beim klassischen Seminar fahren einzelne Kommunalis zu einem Tagungsort oder in eine grüne Geschäftsstelle. Dort vermitteln die ReferentInnen nicht nur Wissen, die TeilnehmerInnen profitieren auch vom Erfahrungsaustausch untereinander. Hier können die eigenen Fragen in zwanglosem Rahmen gestellt werden. „Uff, ich bin mit meinen Problemen nicht allein“ oder „Gut, dass ich jetzt weiß, dass die Fraktion meiner Nachbargemeinde an einem ähnlichen Thema arbeitet“: Entlastende Erfahrungen wie diese werden neben dem Fachinput gerne mit nach Hause genommen.

Seminare auf Bestellung bieten sich an, wenn es darum geht, eine ganze Fraktion oder Gruppe mit einer gemeinsamen Fragestellung zu schulen – etwa für übergreifende Aufgaben, wie die Nutzung des NKF/Produkthaushaltes für grüne Ziele. Bei Inhouse-Schulungen geht es um einen aktiven Prozess der gemeinsamen Zielfindung für die gesamte Fraktion. Also wenn grundsätzliche inhaltliche Vorstellungen entwickelt werden oder um neue Rollenmodelle und Arbeitszuschnitte zu erproben.

nige Stiftungen beantworten auch die Frage „Kommunalpolitik, wie geht das?“

- Ganz kurz ist der Weg bei Bestellseminaren der Bundes- und Landesstiftungen, hier reisen die ReferentInnen. Themen sind z.B. Moderationstrainings, Leitbildentwicklung für Gruppen oder Klimakampagnen vor Ort. Auf Wunsch gibt es auch maßgeschneiderte Kurse.
- Nach Berlin geht es zu den „Green Campus Workshops Spezial“. Die HBS-Bundesstiftung bietet Input zu ausgewählten Themen an: Reden schreiben, Sicheres Verhandeln, Online-Campaigning

Insbesondere das Politikmanagement-Programm „POMA“ bietet umfassende Basisqualifikationen auch mit kommunalpolitischem Zuschnitt. Das umfangreiche Konzept umfasst zwanzig thematisch und methodisch aufeinander abgestimmte Bausteine aus den drei Kernbereichen Kommunikation, Organisation und Gender. Wer alle 160 Unterrichtsstunden absolviert hat, erhält das Politik-Management-Zertifikat. Aber es lassen sich genauso gut die passenden „Rosinen“ für den eigenen Bedarf herauspicken.

www.greencampus.de
für NRW: www.boell-nrw.de

Weiterbildung spezial

Stehen diese Grundlagen, rückt die kontinuierliche Weiterbildung in der Agenda nach oben, denn neue Ideen kommen meist von außen. Akute Probleme und aktuelle Entwicklungen thematisieren neben den kommunalpolitischen Vereinigungen, den Stiftungen auch die Landtagsfraktionen sowie die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Sie veranstalten kommunalpolitische Ratschläge, Fachtagungen oder Anhörungen mit lokalpoliti-

chem Bezug. Für Kommunalis wichtige Informationen vermittelt übrigens auch die grüne Fraktion im Europäischen Parlament. Bei europäischen kommunalpolitischen Kongressen treffen sich sogar grüne und alternative LokalpolitikerInnen aus der gesamten Europäischen Union – ein bereichernder Blick über den deutschen Gartenzaun!

Die Tagungs-Highlights und wichtigsten Kongresse stehen in der „Alternativen Kommunalpolitik“ und in den Rundbriefen der kommunalpolitischen Vereinigungen.

Verbände und Institute sind weitere wichtige Input-Geber, auch sie bieten Seminare und Tagungen an. Da gibt es für jedes Fachgebiet eine eigene „Szene“, die ein erfahrener Kommunallo für seine Themenfelder im Laufe der Mandats-Jahre immer besser im Blick hat. Aus der Fülle der Angebote sei eine Adresse hervorgehoben: Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) deckt mit seiner Forschung, Publizistik und Bildungsarbeit zahlreiche Bereiche des kommunalen Politikfeldes fundiert ab.

www.difu.de
www.boell.de
www.alternative-kommunalpolitik.de

Selbst Entdecken

Es gibt also viele Möglichkeiten. Vor allem noch vieles zum selbst Entdecken. Aber in allen Fällen gilt: Gekocht wird nun mal mit Wasser.

Der Weg zum Bildungsbrunnen ist nicht weit – wie der Weg konkret aussieht, entscheidet der bildungsdurstige Kommunallo allerdings selbst.

+++ Grundlagen: Das Wichtigste zuerst +++

Wer in den Rat oder Ausschuss kommt hat zunächst vor allem Orientierungsbedarf im Hinblick auf die formalen Abläufe. „Was ist bloß hier los? Welche Spielregeln gelten?“ Dafür bietet die örtliche Geschäftsordnung, die Zuständigkeitsordnung des Rates und die Hauptsatzung das Fundament, die – falls noch nicht vorhanden – im Rathaus vor Ort bezogen werden können. Als gesetzlicher Rahmen gilt die „Bibel der Kommunalpolitik“, die Gemeindeordnung des jeweiligen Bundeslandes, die in NRW auf den Seiten des Innenministeriums zum Download bereit steht und bei der Landeszentrale für politische Bildung bestellt werden kann.

Damit ihr wisst, welche Themen im Rat behandelt werden, sollte das lokale Ratsportal oder Ratsinformationssystem durchforstet werden, denn hier werden die lokalen Fachausschuss- und Ratsunterlagen dokumentiert.

Empfehlenswert ist ein Internetzugang speziell für Ratsmitglieder mit Zugriff auch auf die nicht-öffentlichen Sitzungsunterlagen. Dafür kann bei der Verwaltung die Zugangsberechtigung erfragt werden. Wenn es in der eigenen Stadt oder Gemeinde noch kein öffentliches Informationsportal gibt, dann könnte gleich ein Antrag daraus werden.



Experiment Kommunalpolitischer Wissenspool

Die Infothek erfindet sich neu

Wolfgang Pohl
Redakteur
der Kommunalpolitischen
Infothek der
Heinrich-Böll-Stiftung

Fast 13 Jahre ist es jetzt her: Da führte eine Idee von Ralf Fücks und seiner damaligen Vorstandskollegin Petra Streit zum Auftakt eines kommunalpolitischen Internet-Angebots der Heinrich-Böll-Stiftung, das unter dem Namen „Kommunalpolitische Infothek“ 1998 an den Start ging und bis heute existiert.

■ www.kommunale-info.de

Info-Pool und Arbeitshilfe

Die Kommunalpolitische Infothek wurde in Diskussionen mit der Zeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“ und den grünen und grün-nahen kommunalpolitischen Vereinigungen, darunter der GAR NRW, entwickelt. Die bundesweite Plattform sollte die Arbeit der kommunalpolitisch Aktiven unterstützen, sie vernetzen und ihnen Fachinformationen zur Verfügung stellen. Ein hoch gestecktes Ziel.

Dabei fehlte es nie an Inhalten, die in die Infothek aufgenommen werden konnten. Seit der Gründung fanden weit über 3.000 redaktionell erstellte Artikel und tausende weitere Datensätze, wie Links und Literaturhinweise, den Weg in die Datenbank, die hinter dem Web-Auftritt steckt. Ein Nadelöhr war von Anfang an die redaktionelle Kapazität: Trotz zeitweiliger Aufstockung auf zwei RedakteurInnen war es notwendig den Kanon der Themen deutlich einzuschränken. Und je mehr der Artikelbestand anwuchs, um so drängender stellten sich die Fragen: Wie die Aktualität halten, wie veraltete Informationen herausnehmen oder erneuern, ohne Nützliches gleich mit zu entsorgen?

Wer heute in den Tiefen der Infothek gräbt, wird vieles finden, darunter jedoch auch viel Veraltetes. Und zugleich viel vermissen, denn von den rund 40 Sachgebieten, in die die Infothek das kommunale Wissensspektrum gliedert, können im Laufe eines Jahres höchstens vier bis sechs gründlich bearbeitet werden. Schließlich ist im vergangenen Jahrzehnt auch die Vielfalt an Fachthemen und die Spezialisierung und Professionalisierung unter grünen Kommunalos angewachsen. Da ist es vergleichsweise nebensächlich, dass die Oberfläche der Infothek heute sperrig wirkt und ihre Inhalte von Google nicht prominent gelistet werden.

Um das Konzept einer redaktionell betreuten Fachinformations-Datenbank bei akzeptabler Qualität halten zu können, müsste die Infothek-Redaktion personell und finanziell weit besser ausgestattet sein als zu ihren besten Zeiten. Und die sind lange vorbei. Die Abteilung „Politische Bildung Inland“ der Stiftung hat sich neue Schwerpunkte gesetzt, für die Ressourcen umgeschichtet wurden.

Die „Weisheit der Vielen“

Doch auch das Internet hat sich verändert. Neben den Websites, bei denen – im Stil der „alten“ Medien – eine Redaktion schreibt, die von einer weitgehend passiven LeserInnenschaft gelesen werden, sind Netz-Orte entstanden, auf denen viele ihr Wissen zusammentragen und miteinander teilen.

Der bekannteste dieser virtuellen Orte ist wohl die Wikipedia. Der Name setzt sich zusammen aus „Wiki“ und „Enzyklopädie“; es geht also um eine Art Lexikon auf Basis eines Wikis, einer Web-Anwendung, die Seiten für alle erstellbar und veränderbar macht und Hilfsmittel für Strukturierung, Verlinkung und Zusammenarbeit bereitstellt.

Die deutschsprachige Wikipedia hat heute schon über 1 Mio. Artikel, und sie ist nur eines von unzähligen Wikis. Die meisten sind winzig klein und dienen „nur“ zur Koordination einer kleinen Arbeitsgruppe oder Firma, doch nicht wenige stellen mehr oder weniger spezialisierte öffentliche, stetig wachsende und gepflegte Wissenssammlungen dar.

Viele zweifeln an der „Weisheit der Vielen“ (ein Buchtitel von James Surowiecki). Wie kann, wenn jede(r) schreiben darf, die Qualität gesichert, wie Unsinn und Vandalismus vorgebeugt, wie Streit vermieden oder geschlichtet werden? Die Antwort ist verblüffend: Gerade in „großen“ Wikis mit tausenden von Beteiligten leistet dies die Gemeinschaft der Vielen sehr effektiv. Sie trägt nicht nur Wissen zusammen, sondern entwickelt zugleich Verfahren und Mechanismen, Diskussionen zu führen, Unzureichendes zu verbessern und Unsinn zu entfernen. Zwar können, je mehr sich beteiligen, auch um so mehr fragwürdige Inhalte einfließen, sie werden jedoch auch um so schneller entdeckt und beseitigt. Dabei ist hilfreich, dass in

einem Wiki alle früheren Versionen eines Artikels gespeichert bleiben und so seine Vorgeschichte transparent bleibt; nichts geht endgültig verloren, und war eine frühere Version eines Textes besser, ist sie im Handumdrehen wieder hergestellt.

■ de.wikipedia.org

Grüne Kommunalpolitik vernetzen?

Die „Zielgruppe“ grüner und grün-naher Kommunalpolitik scheint für ein Experiment, das ein solches Wiki darstellt, wie geschaffen. Viele kennen sich auf einem Fachgebiet, in einer Stadt oder Region gut aus, sind dabei jedoch lokal verteilt, oft vereinzelt. Zusammen verfügen sie jedoch über ein Wissen, das – wie auf regionalen oder bundesweiten Treffen zu sehen – ganz beeindruckend sein kann. Ein (hoffentlich) großer Teil der grünen Kommunalos und Kommunalas hat auch die Bereitschaft und die Kompetenz, Wissen aktiv beizutragen, sich auszutauschen und zu vernetzen. Schließlich teilen alle das Bewusstsein, bundesweit an einem gemeinsamen Projekt zu arbeiten und gemeinsame Ziele zu verfolgen. Dabei kann gegenseitige Unterstützung nur nützen.

Neues Fundament

So plant die Heinrich-Böll-Stiftung, ihre „Kommunalpolitische Infothek“ im Laufe des Jahres 2010 technisch auf neue Füße zu stellen. Die zukünftige Plattform wird allen ermöglichen, Artikel zu erstellen und vorhandene zu verändern. Es wird – selbstverständlich – Regeln des Umgangs miteinander geben und AdministratorInnen, die sie notfalls durchsetzen, doch ebenso selbstverständlich sind diese Regeln diskutierbar und veränderbar. Die Redaktion wird in der ersten Zeit Inhalte der Infothek und anderer grün-naher Medien einspeisen, so dass ein Grundbestand an Inhalten die Plattform auch für passive NutzerInnen interessant macht, und sie wird um aktives Mitmachen möglichst vieler und möglichst Kundiger werben. Denn bei beidem, Inhalten und Aktiven, braucht es eine „kritische Masse“, damit das Projekt lebt und Eigendynamik entwickelt.

Ende offen

Vor allem dann, wenn das Experiment erfolgreich ist, wird seine weitere Richtung offen sein, denn sie wird von der Gemeinschaft der Aktiven bestimmt, die sich beteiligen. Ob in fünf Jahren noch das Zusammentragen von Informationen, das Erstellen eines „kommunalpolitischen Wissenspools“ im Zentrum des Projektes bleibt oder ob eher Diskussion, Vernetzung, virtuelle Arbeitsgruppen

oder Austausch von Ideen und Anträgen den Alltag bestimmen, kann heute niemand wissen. Die Heinrich-Böll-Stiftung muss damit leben, dass ihr Projekt sich um so stärker verselbstständigen wird, je besser es ankommt.

Doch einstweilen sind wir nicht so weit. Erst einmal gilt es, die Idee weiterzuentwickeln und Aktive zu finden, die sie gerade in der Startphase mit anschieben, durch eigene Beiträge und indem sie andere motivieren, mit einzusteigen. Auf der Internet-Seite der „alten“ Infothek wird das Projekt zur Diskussion gestellt. Wer Fragen, Ideen und Vorschläge hat, kann sie dort äußern – oder die Infothek-Redaktion kontaktieren. Ansporn und Angebote zur Mitarbeit sind ebenso willkommen wie kritische Fragen und Einwände.

■ infothek@boell.de

+++ Das Internet als Informationsquelle +++

Die Nutzung des Internets als Informationsquelle nimmt stetig zu. Zum allgemeinen Einstieg in die kommunalpolitische Internetnutzung empfehlen wir die Seiten der kommunalpolitischen Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung www.kommunale-info.de und das vom Difu erstellte Portal für kommunale Forschung und Praxis www.kommunalweb.de. Diese Angebote für Menschen die aktiv Kommunalpolitik machen enthalten Fachtexte, Nachrichten, Internet-Verweise und Literatur, außerdem gibt es ein Glossar mit Fachbegriffen und eine Plattform für die Diskussion.

■ www.kommunale-info.de

■ www.kommunalweb.de

Zu den wichtigen kommunalpolitischen Seiten gehören auf jeden Fall die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund), die an Hand von Pressemitteilungen über aktuelle Themen informieren. Auch die KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sind interessante Informationsquellen, die unter dem gemeinsamen Portal „Kommon“ zu finden sind.

■ www.kommon.de

Eine weitere wichtige Adresse zum stöbern, informieren und mitmachen ist das grüne Mitglieder- und Unterstützernetz „Wurzelwerk“. Hier kannst Du Dich informieren, Kontakte knüpfen, Kampagnen planen, dein Netzwerk pflegen, dein Wissen abrufen und einbringen.

■ www.wurzelwerk.gruene.de

Abschied von der Beliebigkeit!

Elternbeitragsfreiheit im Kindergarten ist ein Muss

Bei den Grünen gibt es eine zähe Debatte über das Thema Elternbeiträge. Unter dem Druck der öffentlichen Finanzen wird die parteiinterne Meinungsbildung kontroverser. Die Position „Was anderes ist jetzt wichtiger“ wird offensiver, während sich die BefürworterInnen verhalten wegducken. Zeit für ein Outing: Ja, ich bin dafür, dass die Elternbeiträge abgeschafft werden. Ja, ich weiß, dass das Milliarden kostet. Und: Ich meine nicht, dass diese Maßnahme warten kann.

Elementarbereich für sozialen Wandel

Die Erhebung von Elternbeiträgen stammt aus der Zeit, als der Kindergarten die Betreuungsanstalt für Eltern war, die aus eigener familiärer Kraft die frühe Erziehung nicht allein stemmen konnten. Inzwischen ist ein Jahrhundert vergangen, der Kindergarten ist aus seiner Ersatzfunktion herausgewachsen. Ohne ihn ist die Vielfalt neuer Familienformen, die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt, die Emanzipation von Frau und Mann nicht denkbar. Die Betreuung weicht als Aufgabenschwerpunkt zurück, Bildung und Erziehung rücken vor. Mit einem beispiellosen Ausbau des Elementarbereiches versucht unsere Gesellschaft seit Jahrzehnten, ihren sozialen Wandel abzufedern und zu sichern. Doch jetzt, in der Zielkurve, gerät der Fortschritt ins Stocken. Der deutsche Kindergarten heute: Überall, überfordert, überregelt. Und kostenpflichtig. Anders als die Schule ist der Kindergarten ein kompliziert finanziertes Gebilde: Bund, Länder, Kommunen, Träger und Eltern bilden ein Förderpuzzle. Im Gegensatz zur Schulpflicht, die ja vor allem die Verpflichtung des Staates zur Bildung manifestiert, gibt es beim Kindergarten einen Anspruch der Eltern, eine Option, die sie aber bezahlen müssen wie die Straßenbahn oder die Anliegergebühren oder das Theater. Das führt zu einem Flickenteppich in der Elementarbildung, der mit Bildungsgerechtigkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun hat: Reiche Städte können sich Beitragsfreiheit erlauben, verschuldete nicht. Länder wie Saarland, Rheinland-Pfalz, Berlin und Niedersachsen eröffnen sich und ihren BürgerInnen gesetzlich die Beitragsfreiheit, andere halten eisern daran fest. Nicht unbedingt aus Überzeugung.

Ich spüre in meinem Arbeitsalltag die Armut der Kommunen, die den Löwenanteil der Kindergarten-Finanzierung schultern müssen: In NRW haben nur 5% der kreisangehörigen Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt, da tippen sich die KämmerInnen an die Stirn, wenn sie ausrechnen, was der Wegfall der 19% Beitragsfinanzierung kosten würde.

Mit anderen Worten: Die Überschuldung der Kommunen, die filigrane Co-Finanzierung und die Option auf Kindergarten zementieren die Zahlspflicht für Bildung im Kindergarten. Sie passt gut zur marktgerechten Einführung von Studiengebühren, zum realen Abschied von der Lernmittelfreiheit und zum Einzug kostenpflichtiger Angebote in die Schule wie mit der Offenen Ganztagschule. All dies aber können wir uns als grüne Partei und Bewegung nicht leisten, und das wollen wir auch nicht, wenn ich in unsere Wahlprogramme schaue. Nur beim Kindergarten, wo es um die Kleinsten geht, verspielen wir Elterngeld.

Bildung muss kostenlos sein

Ich bleibe dabei: Bildung muss kostenlos sein. Alles andere macht trotz sozialer Gebührenstaffelung Bildung zu einer Ware, die sich einige leisten können, andere nicht. Und deshalb bin ich dafür, als ersten Schritt den Anspruch auf beitragsfreie Bildung, Erziehung und Betreuung bundesrechtlich im SGB VIII zu verankern und über Steuern zu finanzieren. In einem weiteren Schritt ist die Kindergartenpflicht ab dem 4. Lebensjahr logisch, denn erst so verabschieden wir uns von der Beliebigkeit im Kindergarten.

Das Thema Kindergarten umfasst noch weitere Facetten als die hier angespitzte Beitragsfrage. Es lohnt eine generelle Debatte der Grünen zur Elementar-Bildungspolitik, die mehr bringt als rührende Wahlplakate mit Kurzen drauf.

Markus Schnapka

Grüner Beigeordneter für Menschen in der Stadt Bornheim (Rhld.)

Kindergartenmonitor 2010

Kindergarten-Gebühren im Dickicht

Wohl der besser verdienenden Modellfamilie, die in Düsseldorf lebt. In der Rheinmetropole muss sie für einen Kindergartenplatz keinen Cent zahlen, während nebenan in Duisburg, ein Kindergartenplatz mal eben 2520 Euro kostet.

Von null bis 3696 Euro reichen die Kindergartengebühren für ein und dieselbe Modellfamilie in Deutschland. Die Ergebnisse der Studie „Kindergartenmonitor 2010“ offenbaren erhebliche und teilweise nicht nachvollziehbare Unterschiede bei den Elternbeiträgen in Deutschland. Es zeigte sich zudem, dass die Kindergartengebühren gegenüber der Erhebung 2008 im Schnitt um bis zu 16 Prozent gesunken sind. Auftraggeber dieser Studie sind die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und die Zeitschrift ELTERN.

Für die Untersuchung wurden zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren die Höhe der Kindergartengebühren in den 100 größten Städten Deutschlands verglichen. Die Experten ermittelten die Jahresgebührenhöhe in vier verschiedenen Kategorien: für Modellfamilien mit einem mittleren (45.000 Euro) und einem höheren (80.000) Jahres-Brutto-Einkommen, sowie für Modellfamilien mit einem Kind im Alter von 4 Jahren und mit zwei Kindern im Alter von 3,5 und 5,5 Jahren. Die Gebührenhöhe bezieht sich auf die jeweilige Mindestbetreuungszeit – in der Regel ist dies eine Halbtagsbetreuung.

Neun Städte bieten für alle untersuchten Modellfälle Beitragsfreiheit: Düsseldorf, Hanau, Heilbronn, Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Salzgitter, Trier. Eltern in Bremen, Cottbus, Potsdam, Tübingen zahlen die höchsten Beiträge.

Teuerstes Pflaster für eine Durchschnittsverdiener-Familie (45 000 Euro Jahres-Brutto) mit einem Kindergartenkind (4 Jahre) ist Bremen: Hier fallen jährlich 1752 Euro Gebühren an. Im Schnitt aller 100 untersuchten Großstädte zahlen Normalverdiener für ein vierjähriges Kind 814 Euro und für zwei Kinder (3,5 und 5,5 Jahre) 935 Euro. Familien mit gehobenem Einkommen (80.000 Euro Jahres-Brutto) müssen 1280 Euro beziehungsweise 1468 Euro aufbringen.

Für Laien seien Preisvergleiche praktisch unmöglich, weil die Gebührensatzungen und Berechnungsmethoden vielfach zu komplex wären, so die Studie, in der die Kommunen dazu aufgefordert werden „für jedermann nachvollziehbare Gebührentabellen zu veröffentlichen“. Der Kindergartenmonitor soll für Transparenz in einer unübersichtlichen Gebührenlandschaft sorgen.

Die Ergebnisse des Kindergartenmonitors mit detaillierten Informationen zu allen 100 untersuchten Großstädten gibt es im Internet:

www.insm-kindergartenmonitor.de

www.eltern.de/kiita-monitor

(DB)

Selbstverwaltung und Kommunalaufsicht

Elternbeiträge für Kindertagesstätten

Die Aufsichtsbehörde ordnete zu Recht die Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten an.

Die Aufsichtsbehörde kann gegenüber einer Gemeinde anordnen, ihre gesetzliche Pflicht oder Aufgabe zu erfüllen. So kann zum Beispiel eine Gemeinde verpflichtet werden, die Elternbeiträge für Kindertagesstätten zu erhöhen, um den durch Wegfall eines Landesdefizitausgleichs verursachten Kostenanstieg zu kompensieren.

In dem konkreten Fall war die Entscheidung der Gemeinde, von jeglicher Erhöhung der Elternbeiträge abzusehen, rechtswidrig.

Nach Auffassung des Gerichts handelt es sich nicht um eine Einmischungsaufsicht oder Fachaufsicht. Da die Gemeinde die erforderliche Beitragserhöhung generell ablehnte und damit von ihrem Satzungsermessen keinen rechtmäßigen Gebrauch machte, war die Aufsichtsbehörde befugt, dieses Ermessen im Rahmen der Aufsichtsmaßnahme auszuüben – unabhängig davon, dass das Satzungsermessen grundsätzlich bei der Gemeinde verbleibt.

VG Düsseldorf vom 30. Oktober 2009 – AZ 1 K 3437/07

(DB)

Selbstverwaltung und Kommunalaufsicht

Steuern sind Pflicht

Gemeinden dürfen nicht auf die Festsetzung von Steuerhebesätzen verzichten.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich mit der Frage befasst, ob eine Gemeinde verpflichtet ist, Gewerbesteuer mit einem Mindesthebesatz von 200 Prozent zu erheben. Die Gemeinde wollte auf eine Gewerbesteuer verzichten, um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu erreichen. Als Ausgleich für den Wegfall einer Gewerbesteuer hatte die Kommune mit den Unternehmen einen „Standortentwicklungsbetrag“ vereinbart. Gegenüber der Verpflichtung, die Gewerbesteuer zu erheben, machte die Gemeinde ihren Anspruch auf die gemeindliche Selbstverwaltung geltend.

Nach Auffassung des Gerichts ist dem Gesetzgeber aber nicht jegliche Beschränkung der gemeindlichen Hebesatzautonomie verwehrt. Das Hebesatzrecht dient der Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung der Gemeinden. Deshalb ist die Funktionsfähigkeit der Hebesatzautonomie

nicht davon abhängig, dass die Gemeinden den Hebesatz ohne jede Einschränkung festsetzen können. Insbesondere erfordert sie keine absolute Befugnis der Gemeinden, von einer Gewerbesteuer ganz abzusehen. Die Pflicht zur Erhebung der Gewerbesteuer und die Festsetzung eines Mindesthebesatzes, dient der Vermeidung von Steueroasen sowie der Verhinderung von Ausfällen bei der Gewerbesteuerumlage.

Nach Auffassung des Gerichts führt der Verzicht einzelner Gemeinden auf die Steuererhebung zu teilweise unsinnigen, rein steuermotivierten Wanderungsbewegungen. Außerdem gibt es die Gewerbesteuerumlage, durch die der Bund und die Länder an dem Gewerbesteueraufkommen beteiligt werden. Diese Ausgleichsfunktion darf nicht gefährdet werden.

(DB)

BVG vom 27. Januar 2010 – AZ 2BcR 2185/04

Selbstverwaltung und Kommunalaufsicht

Hebesätze bei Haushaltssicherung

Eine Gemeinde in der Haushaltssicherung kann dazu verpflichtet werden, der wirtschaftlichen Situation entsprechende Hebesätze festzusetzen.

Viele Gemeinden befinden sich seit Jahren im Nothaushaltsrecht. Als eine Gemeinde trotzdem die Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer reduzierte, war die Kommunalaufsicht nicht einverstanden. Sie erließ eine Aufhebungsverfügung, was zu einem Klageverfahren führte.

Die Aufsichtsbehörde war der Auffassung, aus der Verpflichtung zum Haushaltsausgleich ergebe sich auch die haushaltsrechtliche Pflicht, alles zu unternehmen, um dieses Ziel durch Erhöhung der Einnahmen und Zurückführen der Ausgaben zu erreichen. Insbesondere ergebe sich dadurch die Pflicht von Einnahme mindernden Maßnahmen grundsätzlich abzusehen.

Die Gemeinde hatte die Grundsteuer B auf ein Niveau gesenkt, das im Landesdurchschnitt zuletzt 1994 erreicht wurde, und die Gewerbesteuer auf ein Niveau, das im Landesdurchschnitt zuletzt 1992 erreicht wurde.

Die Gemeinde konnte sich nicht auf Artikel 106 Grundgesetz berufen, wonach den Gemeinden das Recht einzuräumen ist, die Hebesätze der Grundsteuer im Rahmen des Gesetzes festzusetzen sowie auf Paragraph 25 Grundsteuergesetz und Paragraph 16 Gewerbesteuergesetz, die das Hebesatzfestsetzungsrecht den Gemeinden zuweist.

(DB)

OVG Nordrhein-Westfalen vom 22. Juli 2009 – AZ 15 A 2324/07

Fraktionen

Der Mandatsträger als Fraktionsmitglied

Fraktionen

Fraktionen sind freiwillige Vereinigungen von Ratsmitgliedern oder von Mitgliedern einer Bezirksvertretung, die sich auf der Grundlage grundsätzlicher politischer Übereinstimmung zu möglichst gleichgerichtetem Wirken zusammengeschlossen haben.

■ § 56 I GO NRW

Freies Mandat

Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit in einer Fraktion ist der Grundsatz des freien Mandats. Danach sind die Mandatsträger bei ihrer Tätigkeit an Aufträge nicht gebunden und verpflichtet, ausschließlich nach dem Gesetz und ihrer freien, durch Rücksicht auf der dem öffentlichen Wohl bestimmten Überzeugung zu handeln. Daraus und aus seiner Stellung als unmittelbar gewählter Vertreter der gesamten Bürgerschaft folgt, dass ein Ratsmitglied nicht an Weisungen oder Aufträge seiner Wähler, seiner Partei oder sonstiger Interessengruppen gebunden ist.

Auf der Grundlage gemeinsamer politischer Grundanschauungen und Zielvorgaben gestaltet sich das Rechtsverhältnis zwischen der Fraktion und ihrer Mitgliedern.

Rechte des Fraktionsmitgliedes

Zur Wahrnehmung seiner Rechtsstellung innerhalb der Fraktion auf Grundlage des freien Mandats sowie der Regelungen der Fraktionsgeschäftsordnung stehen dem einzelnen Ratsmitglied u. a. folgende Rechte zu:

- ❑ Recht auf Zugang und Mitarbeit in der Fraktion
- ❑ Recht auf Teilnahme an Sitzungen der Fraktion
- ❑ Recht auf Mitberatung (i. d. R. auch bei Befangenheit im Rat)
- ❑ Rede und Abstimmungsrecht hinsichtlich aller sachpolitischen- und innerfraktionellen Fragen in den Sitzungen
- ❑ Recht zur Stellung von Anträgen und Anfragen in den Fraktionssitzungen
- ❑ Einberufungsrecht zur Fraktionssitzung

- ❑ Recht auf frühzeitige Einladung und Zustellung der Sitzungsunterlagen nach Maßgabe der Regelungen in der Geschäftsordnung
- ❑ Recht auf umfassende Information durch den FraktionssprecherIn
- ❑ Recht auf Kündigung der Fraktionsmitgliedschaft
- ❑ Recht auf Berücksichtigung bei der Zuordnung von Plätzen in den Ausschüssen oder sonstigen Gremien nach Maßgabe der Geschäftsordnung bzw. Beschlusslage der Fraktion
- ❑ Recht auf Einhaltung formaler Geschäftsordnungen (z.B. Einhaltung der Redezeiten, Behandlung von Anträgen).

Pflichten des Fraktionsmitgliedes

Andererseits obliegen dem Fraktionsmitglied auch Pflichten, damit die angestrebte Zusammenführung der kommunalpolitischen Mehrheitsbildung und deren Beschlussfassung in der Vertretungskörperschaft umgesetzt werden kann. Dazu gehören: Mitarbeitspflicht nach den Grundsätzen der Geschäftsordnungsregelungen

- ❑ Teilnahmepflicht an Fraktions-, Rats-, Ausschuss- und Ratssitzungen sowie sonstiger Veranstaltungen.
- ❑ Vertretungspflicht für andere Fraktionsmitglieder
- ❑ Verschwiegenheitspflicht in innerfraktionellen und sachpolitischen Angelegenheiten
- ❑ Offenbarungspflicht (z.B. bei Befangenheit oder abweichendem Stimmverhalten)
- ❑ Beitragspflicht zur Fraktionskasse
- ❑ Gebot der Zurückhaltung im kommunalpolitischen Geschehen (Verbot fraktionsschädigenden Verhaltens, beleidigender Äußerungen)
- ❑ Mitteilungs- und Mitteilungspflicht gegenüber den Fraktionsvorsitzenden oder der Fraktion über wichtige kommunalpolitische Entwicklungen
- ❑ Einhaltung der Regelungen der Fraktionsgeschäftsordnung (z.B. Beachtung der Redezeiten)
- ❑ Generelle Verpflichtung zur sorgfältigen Vorbereitung der Sitzungen.

Quelle:

Handbuch Kommunalpolitik.

Das politische Mandat professionell gestalten.



Rechtspraxis der kommunalen Unternehmen
 Wurzel/Schraml/Becker
 C. H. Beck
 Stand 2009
 2. Auflage 2010,
 Rund 650 Seiten
 88,00 Euro
 ISBN 978-3-406-58554-8

Handbuch Rechtspraxis der kommunalen Unternehmen

In der zweiten Auflage des Handbuchs, das nach Themenkomplexen zum gesamten Recht der kommunalen Unternehmen geordnet ist, finden sich neben europa- und verfassungsrechtlichen Vorgaben auch kommunalrechtliche Rahmenbedingungen zum Thema unternehmerisches Handeln der Kommune. Dabei sind dem Rechnungs-, Berichts- und Prüfungswesen, dem Beamten- und Arbeitsrecht, dem Steuer- und Vergaberecht sowie dem Kartell- und Wettbewerbsrecht jeweils eigene Kapitel gewidmet.

Die erweiterte Auflage erscheint mit einem zusätzlichen Kapitel, das Praxisbeispiele zu Themen wie Öffentlicher Personennahverkehr, Abfallentsorgung, Krankenhäuser, soziale Einrichtungen, Pflegeheime sowie Kultur bereithält.

Darüber hinaus erfahren die Rechts- und Betriebsformen, wie Regie- und Eigenbetrieb, Anstalt öffentlichen Rechts/Kommunalunternehmen, GmbH und Aktiengesellschaft eine ausführliche Darstellung. Hier werden zudem praktische Ent-

scheidungskriterien für die Wahl der geeigneten Rechts- und Betriebsform eines kommunalen Unternehmens genannt.

Das Handbuch empfiehlt sich daher insbesondere für kommunale Unternehmen und deren Entscheidungsträger/Berater, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Unternehmen, Aufsichtsbehörden sowie Personalvertretungen.

Zu den Autorinnen und Autoren, bei denen es sich überwiegend um Spezialisten aus den Kommunalverbänden und -unternehmen handelt, gehören: Dr. Henrik Becker, Prokurist der Nibelungenfestspiele Worms; Dr. Ralph Becker, Rechtsanwalt; Professor Dr. Dirk Ehlers, Universität Münster; Alfred Fassbender, Stadtverwaltung Bergheim; Dr. Andreas Gaß, Ministerialbeamter; Günter Heimrath, Verwaltungsdirektor, Bayerischer Kommunalen Prüfungsverband; Professor Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages und andere.

(Gönül Eglence)



Fürstenhof und Bürgergesellschaft
 Bernd Wagner
 Texte zur Kulturpolitik 24
 Hrsg.: Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
 Klartext Verlag
 Essen, 2009
 Rund 500 Seiten
 19,90 Euro
 ISBN 978-3-8375-0224-4

Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik Fürstenhof und Bürgergesellschaft

In Zeiten kommunaler Finanzkrisen leidet die Kulturpolitik unter enormer Legitimationsnot. So sei die konzeptionelle Begründung kulturpolitischer Praxis, nach Bernd Wagner, spätestens notwendig „wenn der Druck auf die Kulturpolitik zunimmt und sie – wie gegenwärtig – vor neuen Herausforderungen steht“ (S. 19).

Als argumentative Stütze hierfür erarbeitet Wagner – wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft – eine Genese kulturpolitischen Handelns. Die Studie gliedert sich in vier Phasen und setzt in der Frühen Neuzeit (S. 59-124) an. Über die absolutistischen Höfe im 17. und 18. Jhdt. (S. 125-196) sowie die Herausbildung bürgerlicher Kultur und Kulturförderung (S. 197-256), geht es weiter bis in das „lange“ 19. Jhdt. (S. 257-450). Wagner deckt mit seiner Studie nicht nur kulturpolitische Motive, wie Unterhaltung, Repräsentation, Bildung und

Demokratisierung’ auf, sondern verweist mit seiner präzisen Analyse auf Staat, Markt und Gesellschaft, die als tradierte Troika der Kulturpolitik identifiziert werden. Diese drei konstitutiven Akteure treten im historischen Verlauf in variierenden Bündnissen auf. Selbst das heute – je nach Standpunkt – als ‚innovativ‘ oder ‚riskant‘ geltende Modell der Public-Private-Partnerships (PPP) ist ebenfalls vom Prinzip her bereits bekannt (S. 451).

So liegt der Mehrwert der Studie in ihrer enttaubisierenden Wirkung. Weil praktisch alles schon mal da gewesen ist, werden radikale Alternativen denkbar, ohne dass der drohende Untergang des kulturellen Abendlandes abgeleitet werden muss. Die Querverbindungen zu aktuellen Beispielen muss der Leser allerdings selbst herstellen, da die Studie eher auf das Abbilden eines Gesamtpanoramas ausgelegt ist.

(Gönül Eglence)

Ziel 100 Prozent Erneuerbare

Klimaschutzkonzepte für Kommunen

Die ambitionierten Ziele der Bundesregierung von 40 % CO₂-Einsparung bis 2020 gegenüber dem Bezugsjahr 1990 lassen sich nur erreichen, wenn die Energiewirtschaft umgebaut wird und tief greifende Maßnahmen auf kommunaler Ebene angestoßen werden. Ein Planungsinstrument für letzteres sind Klimaschutzkonzepte (KSK), in denen realistische CO₂-Reduktionsziele festgelegt und Handlungsschritte beschrieben werden. In den 1990er Jahren wurde die erste Generation derartiger Konzepte von einigen Großstädten erstellt, ohne dass der Funke auf kleinere Städte und Gemeinden oder gar die Kreise übersprang.

Aus den Einnahmen des Emissionshandels wird die Erstellung von kommunalen Klimaschutzkonzepten gefördert. Möglichst allen Kommunen sollte die Möglichkeit zur Erstellung eines eigenen ortsspezifischen KSK gegeben werden. Bis Ende 2009 betrug die Förderquote 80 %, seit 1.1.10 noch 70 %. Anfang Mai wurde durch eine Haushaltssperre des Finanzministeriums ein Förderstopp für das laufende Jahr 2010 bekannt gegeben.

Erst ab 1. Oktober können wieder Anträge für das Jahr 2011 entgegen genommen werden. Die Fördersätze werden dann nochmals um 10 % gesenkt. Soweit – so schlecht, was im Übrigen auch für das gleichfalls ausgesetzte Marktanzreizprogramm gilt.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) gewährt keine Fördermittel mehr für Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen. Das Mini-KWK-Programm wurde ebenso beendet. 40 %-Reduktionsziel ade?

Der politische Einsatz für ein örtliches KSK lohnt sich trotzdem, um dann im Jahr 2011 damit zu beginnen. Ohne Handlungskonzept bleiben alle CO₂-sparenden Maßnahmen unverbunden und der eigene Status unklar. Die Informationen über KSK sind einem eigenen Webportal des deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zu entnehmen. Dort sind auch Beispiele älterer und neuer geförderter KSK hinterlegt. In übersichtlich gestalteten Merkblättern findet man alle notwendigen Informationen zu den Vorarbeiten und zur Antragstellung. Neu ist dabei insbesondere die wünschenswerte Kooperation

zwischen Kreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden bei der Erstellung von KSK. Da diese Abstimmungen erfahrungsgemäß sehr zeit- und aufwändig sind, sollte frühzeitig damit begonnen werden, um eine Förderchance zu haben.

Die Erstellung einer qualifizierten CO₂-Bilanz der eigenen Kommune ist ein notwendiger Bestandteil eines umfassenden KSK.



Bei einem Klimaschutz-Teilkonzept, z.B. für die eigenen Liegenschaften, kann es entfallen. Zu Methoden und Tools der CO₂-Bilanzierung verweise ich auf die Ausführungen im GAR-Net im Heft 01/2009.

Interessant sind KSK mit dem Ziel einer CO₂-Neutralität. Den Energieverbrauch zu 100 % oder gar mit Überschuss durch erneuerbare Energien auf eigenem Grund bereit zu stellen, wird derzeit nur wenigen ländlichen Kommunen mit viel Biomasse oder Windenergie gelingen. Mit dem Zielhorizont 2050 wird es bei erhöhter Energieeffizienz zunehmend mehr Kandidaten geben. Informationen dazu bieten mehrere interessante Portale.

Die Regionen und Kommunen mit dem Ziel 100 % erneuerbare Energien treffen sich im September zum zweiten Kongress in Kassel.

Hans-Jürgen Serwe

Internetquellen:

www.kommunaler-klimaschutz.de

www.bafa.de

www.100-prozent-erneuerbar.de

www.kommunal-erneuerbar.de

www.100-ee-kongress.de

www.deenet.org

www.unendlich-viel-energie.de



GrüneR BeigeordneteR sein heißt:

„Das Gemeinwesen zukunftsfähig gestalten, ohne Konflikte zu scheuen.“

*Dr. Manfred Beck,
Beigeordneter für Jugend, Soziales, Schule,
Beschäftigung in Gelsenkirchen*

„Mit der Verwaltung grüne Inhalte für eine bessere Welt zu verwirklichen und gleichzeitig für eine demokratischere Verwaltung zu kämpfen.“

*Marlis Bredehorst,
Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt in Köln*

„Ein dickes Fell haben müssen.“

*Dr. Manfred Busch,
Kämmerer in Bochum*

„Fachlich noch versierter zu sein, als Beigeordnete anderer Couleur.“

*Paul Georg Fritz,
Kämmerer in Neukirchen-Vluyn*

„Hart im Nehmen sein und den Spaß am grünen Gestalten nicht verlieren.“

*Gisela Nacken,
Beigeordnete für Planung und Umwelt in Aachen*

„Die Vision von einem ‚guten Leben‘ in der Stadt zu verfolgen und die Eisbären am Nordpol nicht zu vergessen.“

*Gabriele C. Klug,
Kämmerin in Wesel*